

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3. Spalte. Bestellungen. Geschäftsansagen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. S. C. P. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Gegen jede Gefährdung und jeden Abbau der Sozialversicherung.

In vielen bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften ist „von hervorragender fachverständiger Seite“ der Vorschlag erörtert worden, eine Notgemeinschaft der Sozialversicherungsträger zu schaffen, um durch diese den Reichsstat von den Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung zu entlasten. Die Sozialversicherungsträger, die über stärkere Vermögensrücklagen verfügen, sollen danach gesetzlich verpflichtet werden, beim Auftreten dringenden finanziellen Bedarfs in der Arbeitslosenversicherung dieser im Darlehnswege Hilfe zu leisten.

Der Gedanke klingt zunächst überaus verlockend, zumal von den freien Gewerkschaften seit langem mit Nachdruck eine Vereinheitlichung in der Organisation der Sozialversicherungsträger gefordert wird. Bei näherer Prüfung jedoch ergibt sich, daß es sich in diesem Falle lediglich darum handelt, die bestehenden Sozialversicherungsträger finanziell zu belasten, sie womöglich zum Versagen zu bringen und vor allem der Arbeiterschaft in der Hauptsache die Lasten der Arbeitslosigkeit aufzubürden. Denn wer ist es denn anders als der Arbeiter, der alle Mittel der Sozialversicherung aufzubringen hat? Auch die Arbeitgeberbeiträge sind bekanntlich in Wirklichkeit Lohnanteile. Demgegenüber wird der allgemeine Steuerfächer, aus dem jetzt die Darlehen für die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geschöpft werden, doch immerhin auch von anderen Volksklassen gespeist.

Die Sozialversicherungsträger und die für sie verantwortlichen Persönlichkeiten sind sich darin einig, daß sie eine neue Belastung im gegenwärtigen Augenblick nicht ertragen können. Ein Risikoausgleich im eigentlichen Sinne des Wortes kommt kaum in Betracht, da erfahrungsgemäß die Belastungskurven der Sozialversicherungsträger im Wechsel der Jahreszeiten und der Konjunkturperioden regelmäßig parallel laufen. Fast immer tritt gleichzeitig mit der besonderen Beanspruchung der Arbeitslosenversicherung auch bei den anderen Versicherungsträgern eine Minderung der Einnahmen und eine Mehrung der Ausgaben ein. Zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet ganz von selbst Beitragsrückgang bei der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung und bedeutet meist auch ein Anwachsen der Leistungen. Der Arbeitslose hat mehr als der Arbeitende Zeit, sich um seine Gesundheit zu kümmern; er wird in erheblichem Maße Arzt und Apotheke in Anspruch nehmen. Sobald es sein Gesundheitszustand wünschenswert erscheinen läßt, wird er sich krank schreiben lassen, während sonst oft, soweit es die Kräfte nur irgend erlauben, gearbeitet wird. Der Ältere und Gebrechliche wird bei jeder Krise auf dem Arbeitsmarkt am stärksten betroffen, und er wird, sobald er keine Arbeit mehr findet, den Antrag auf Invalidenrente stellen, den er sonst vielleicht noch eine Zeitlang hinausgeschoben hätte. Auch zur Durchführung notwendiger Heilverfahren wird, wenn möglich, die Zeit der Arbeitslosigkeit benutzt. Dazu kommt bei der Krankenversicherung noch die Tatsache, daß eine gemeinsame Ursache, nämlich die beginnende Winterkälte, sowohl auf die Einengung des Arbeitsmarktes als auf die Verschlechterung des Gesundheitszustandes einzuwirken pflegt. Die Reichsversicherungsanstalt hat sich bereits gegen die geplante Notgemeinschaft ausgesprochen. Auch für die Landesversicherungsanstalten ist von sachverständiger Seite eindeutig klargestellt worden, daß eine derartige Mehrbelastung schon in naher Zeit die Erfüllung der Rentenverpflichtungen unmöglich machen würde.

Es bleiben die Krankenkassen. Die letzte Vermögensfeststellung aller reichsgefährlichen Kassen ist für das Ende des Jahres 1928 durchgeführt worden. Damals buchten die reichsgefährlichen Krankenkassen ein Vermögen von etwa 701 Millionen Mark. Mit Rücksicht auf den ungewöhnlich hohen Krankenstand, verursacht durch die abnorme Kälte und die Grippeepidemie in den ersten Monaten, ist das Ende dieses Jahres aller Voraussicht nach ein erheblich schlechteres. Aber auch von den erwähnten 700 Millionen Mark hat nur ein verhältnismäßig geringer Teil — das selbe gilt übrigens auch für die übrigen Versicherungsträger — in flüssigen Barmitteln bestanden. Die Statistik weist für den 31. Dezember 1928 — einen erfahrungsgemäß rechnerisch besonders günstigen Zeitpunkt — einen Kassenbestand von 122 Millionen Mark auf. Bei Guthaben und Wertpapieren handelt es sich zu einem sehr erheblichen Teile um Reichs- und Staatsanleihen, um Anlagen bei Reichs- und Staatsbanken sowie bei den meist städtischen Sparkassen. Mäßen diese Mittel anderweitig verwendet werden, so würde das wiederum eine Einengung des Kredits der öffentlichen Körperschaften bedeuten. Das Betriebsvermögen im engeren Sinne des Wortes, d. h. die Gerätschaften und die für Eigenbetriebe, Genesungsheime, Zahnkliniken, Badeanstalten usw. sowie Verwaltungsgebäude benutzten Grundstücke kämen ja überhaupt für eine andere Verwertung nicht in Frage. Bei Hypotheken und bei den unter dem Titel Wertpapiere mit verbuchten Pfandbriefen handelt es sich in der Hauptsache um eine Unterfütterung des Kleinwohnungsbaues, die wohl kaum rückgängig gemacht werden dürfte.

Der finanzielle Erfolg einer derartigen Notgemeinschaft muß daher von vornherein als sehr zweifelhaft und geringfügig festgestellt werden, es sei denn, daß von den Verfechtern dieses Planes im geheimen ein Abbau der Sozialversicherungsleistungen gewünscht wird. Dagegen aber wird die organisierte Arbeiterschaft sich zu wehren wissen. Sie, die ohnedies schon genug an den Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen hat, wird nicht dulden, daß auf ihrem Rücken eine derartige „Notgemeinschaft“ begründet wird.

Der entschlossene Abwehrwille der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft hat bereits einen unzweideutigen Ausdruck gefunden, der auf die zuständigen Behörden nicht ohne Wirkung bleiben wird und gleichzeitig auch von den Unternehmern als der feste Entschluß der Gewerkschaften verstanden werden muß, die sozialen Errungenschaften mit allen Kräften zu schützen und zu verteidigen.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund, Allgemeiner freier Angestellten-Bund, Deutscher Gewerkschafts-Bund, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,

Fordern und kämpfen!
Nicht befehlen, nicht bitten! Nur mutig gestritten!
Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht.
Und nimmer verzaget! Von neuem gewaget!
Und mutig voran! So zeigt sich der Mann.
Wir wollen belachen die Feigen und Schwachen.
Wer steht wie ein Held, dem bleibet das Feld.
Einst wird es sich wenden, einst muß es sich enden
Zu unserem Glück: Drum nimmer zurück!
Hoffmann von Fallersleben.

haben am 8. Februar 1930 folgende Entschliessung angenommen:

„Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich“ innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten, als eine Übertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Aushöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baunarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen verdröhlenden Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Öffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hege gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

Die gemeinsame Willensäußerung der Gewerkschaften aller Richtungen wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Die vor dem Ausverkauf stehende kommunistische Presse muß allerdings auch hierzu wieder ihren „Senf“ geben und erklärt die Entschliessung der Spitzenorganisationen für eine demagogische Geste, die „die Arbeiterschaft nur darüber täuschen soll, daß die reformistischen, sozialfaschistischen Gewerkschaften im Grunde mit jeder sozialpolitischen Reaktion einverstanden sind“. Als ob die Kommunisten nicht die stärkste Stütze jeder Reaktion wären, was ihnen die bürgerlichen Zeitungen ja immer wieder bestätigen. Aber auch gegen den Willen der Unternehmer und ihrer kommunistischen Helfer wird die organisierte Arbeiterschaft, geführt von den freien Gewerkschaften, ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen wissen.

Moderne Unternehmer-Ideologie. Kampf den Gewerkschaften — durch Ausbeutung. Von Otto Jacobsen (Seibelberg).

Das Ziel des Dinta, auf die knappste Formulierung gebracht, ist der systematische Versuch, die Arbeiteringend zu korrumpieren. Es handelt sich

faktisch um die geistige Verbiegung und Umbiegung von Millionen junger Menschen im Interesse der Industrie, daher Menschenbewirtschaftung.

Es wird in der Abwehr zu den Angriffen gegen das Dinta behauptet, man klammere sich zu sehr an Ansprüche und Einstellungen Außenstehender, die nur ein großes sachliches Interesse hätten (das kann man a. . . sagen) und solchen, die nur in losem Verhältnis zum Dinta stehen. Wir lassen vorwiegend die Originalpatentvertreter und Musterreisenden in Dinta zum Worte kommen und zitieren ungekürzt. Eine Deutung kann natürlich nicht unterbleiben, und sie geschieht durchaus im Sinne und vom Standpunkt der freien Gewerkschaften aus als Repräsentanten der Arbeiterschaft. Wir können jedoch nicht zugeben, daß Professoren, wie Dunkmann, Horneffer, Oswald Spengler, die so eindeutig den Arbeitgeberstandpunkt vertreten, als Außenstehende angesehen werden, denn sie liefern doch die notwendige Ideologie unter dem Deckmantel der Objektivität.

Der Leiter des Dinta, Oberingenieur Arnhold, enthält in einem Vortrag über „Die Bewirtschaftung menschlicher Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft“ die wahre Absicht. Wenn man den Menschen wirtschaftlich erfassen will, meint er, „so greift man am zweckmäßigsten dort an, wo er noch weich und unverbildet ist. Was ist beim jungen Arbeiter.“ Dem kann man noch Ideale einhauchen und den Ehrgeiz als Triebkraft für seine Zweckbenutzen. Sein Ziel ist:

- a) tüchtiger Arbeiter;
- b) wendiger Arbeiter, der jede Arbeitsweise innerlich erfassend und nicht glaubt, daß jedes neue Verfahren erfunden sei, um ihn auszubeuten. (Ja, wir glauben gern, daß dieser Typ Arbeiter das Ideal Arnholds ist — ein Typ, der nie erkennen wird, daß zwangsläufig im kapitalistischen System jedes neue Verfahren zu einer intensiveren Ausbeutung führt, wenn nicht die Gegenspieler wären — die Gewerkschaften.)“

Weiter: „Wenn es schon wichtig ist, tüchtige, wendige Arbeiter heranzubilden, so ist es noch wichtiger geworden, Menschen zu erziehen. Ich denke dabei an das Fehlen der großen Schule des Volkes, das deutsche Heer. Diese Schule ist heute nicht mehr. Was sie für Industrie und Landwirtschaft bedeutet hat, wird erst in kommenden Jahren klar werden. Wir leben ja allerorts noch von den alten Soldaten. Wer im Betrieb etwas kann, ist alter Soldat. Er kann gehorchen und befehlen. Das aber, was jetzt an Jugend auf der Straße heranwächst, mit krummen Rücken, die Hände in den Hosentaschen, die Haare ins Gesicht gekämmt, Zigarette im Mundwinkel, wird einst ein schlimmer Erbs für unseren „alten Soldaten“ sein.“ An anderer Stelle: „Es ist ein großer Krebschaden in der Arbeiterschaft, daß sie sich in vielen Fällen der Mitverantwortlichkeit (man beachte, nicht etwa Mitverantwortung — denn dann wäre die Autokratie in der Wirtschaft gebrochen) für den Betrieb bewußt wird. Die Arbeiterschaft hat dadurch den Zusammenhang mit der Industrie verloren.“ Die Arbeiter wissen es auf Grund ihres Erlebens besser als der gebildete Akademiker Arnhold, wo die Ursache des Nichtzusammenhangs liegt und lag, im kapitalistischen System — das den Arbeiter enteignet und ihn aussonderte aus dem Zusammenhang — er war nur Kostenelement, Anhängsel. Auch die mystifizierenden Mittelalten des Mittelalters hält Herr Arnhold für wichtig zur Erziehung in seinem Sinne. „Die Krönung der Gesellenprüfung (in den Lehrwerkstätten des Dinta) ist eine Freisprechung (so wie es früher war) mit einem Schwur auf die Sinnbilder seines Handwerks bei Kerzenlicht. Das sind keine Auferlichkeiten. Man ahnt ja gar nicht, wieviel Seele in unseren Arbeitern steckt.“ (Ahnt du, Prolet, wo die geistige und seelische Wohlfahrtspflege dieser Hezschaften hinlief, wenn sie Erfolg hätte?) Der Grund der Landflucht ist nach Arnhold der, daß die Leute dort ihre seelische Befriedigung nicht finden — auf den Lohn käme es gar nicht so an. Er entblödet sich nicht, an anderer Stelle die Behauptung aufzustellen: für den Arbeiter ist schlechter Lohn das wenigste, wenn er Freude an der Arbeit hat, vergiftet schlechte Löhne (Das ist eine Melodie, die den Wirtschaftsherrn angenehm in die Ohren klingt — kein bißchen Marxismus, keine Forderung an den Geldbeutel, ja, dafür wären sie schon, Lösung der sozialen Frage auf der Basis der Erhöhung der Arbeitsfreude und nicht mehr der Gefahr einer Kürzung der Profitrate ausgeht zu sein.)

Als Beispiel für den neuen Menschen, der in den Lehrlingswerkstätten heranwächst, erzählt Herr Arnhold den Laufenden: „Ich habe den Besuchern, die zu mir kommen, einmal gesagt, gehen Sie und suchen Sie mir einmal den Sohn eines Industriellen heraus.“ Die Herren haben gesucht und keinen gefunden. Es waren eben alles Söhne von Industriellen, es waren alles frische, fröhliche Kerle. (Kunststück — vielleicht hätten sich die Herren einmal die Hände angesehen.)

Wir lassen noch einige kleine Stichproben folgen, durch die erhellt werden soll, wie die der Großindustrie sehr nahe stehenden Herren fühlen, denken, wollen. Herrn Professor

Horneffer wird bei einer Führung durch einen Betrieb vom führenden Ingenieur die Frage vorgelegt: „Was haben Sie eigentlich davon, wenn ich Sie hier durchführe und Sie verstehen vom technischen Vorgang nichts?“ Horneffer erwidert: „Es ist für mich, wenn ich in eine große Fabrik komme, ein Gefühl, als wenn ich in eine Kirche eintrete. Es ist der große Rausch der Arbeit, der Rhythmus der Arbeit. Es ist die geheime Seele, die da herausklingt.“ (Dieses unerträgliche Pathos eines Intellektuellen, der nie die Schwere des Arbeits- und Lebensschicksals eines Arbeiters begreifen wird, würde uns unberührt lassen, wenn wir nicht wüßten, daß ein solches Seelenragout auf eine große Anzahl von Studierenden seine Wirkung ausübt. So, so, die geheime Seele hat's ihm angetan. Für solche Herren, denen die Fabrik mit ihrem Arbeiterrhythmus eine Kirche ist, sollte man nicht verschonen, ihnen die Möglichkeit zu geben, Gottesdienst zu tun. — Vielleicht wäre ein Arbeitsdienstjahr in diesen Fällen sehr angebracht.)

Herr Reichskanzler a. D. Dr. Luther entwickelt auf der Stockholmer Kirchenkonferenz etwa folgende Gedanken: Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind in der Gegenwart durch neue soziale und politische Formen bestimmt — allgemein durch das Prinzip der Vertretbarkeit —, Organisation gegen Organisation. Mit einer gewissen Wehmut und Nüchternheit wird dann festgestellt, daß die früheren allgemeinen Beziehungen (gemeint ist: die eindeutig patriarchalische Autorität des Arbeitgebers) aufgehoben sind, die neuen Formen aber keinen Ersatz bieten. Die Liebeskraft der Religion müsse die vorhandene Lücke schließen. Die Lücke selbst führe zu innerer Notwendigkeit der Religion. Also: die Religion soll nach wie vor die Funktion der Legitimierung des Befehlenden ausüben und Opium (Ablenkung) für den Proletarier sein. Herr Dr. Luther ist der Industrie innig verbunden — seine Ausführungen werden daher von dem Geschäftsführer des „Dinfa“, Dr. Paul Osthold, freudig und mit Hingabe aufgegriffen, denn er spürt, daß man diese Gedanken (!) zur ethischen Fundierung des Dinfa wohl brauchen könnte. In seiner Schrift „Der Kampf um die Seele des Arbeiters“, Gedanken zum Manifest Dr. Luthers, spricht er daher mit Pathos von der Schönheit und dem Ernst der Lutherschen Gedanken — nur schade, schade, daß die organisierte Arbeiterbewegung durch solche blaß-blauen Gedanken nicht gewonnen wird und sich ihren Lebensraum weiter erkämpfen wird. Herr Dr. Osthold stellt sich die Umorganisation und Umorientierung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor im Sinne der modernen amerikanischen Wirtschaftsideen, Grundgedanke: „daß in einem industriellen Werk alle Mitarbeiter vom Generaldirektor bis zum letzten ungelerten Arbeiter, sich als Träger des im Werke verkörperten Produktionsprozesses und wirtschaftlichen Schicksals fühlen und sich daher im Verkehr miteinander und im Verhältnis zu der gemeinsamen Arbeit darauf einstellen müssen“. Diese Idee, ein im allerbesten Sinne demokratischer Gedanke, ist heute in den meisten amerikanischen Betrieben die ideale Grundlage für die außerordentlich wirkungsvolle und produktive Zusammenarbeit, die dort vorherrscht.“ Herr Osthold irrt, dieses sind nur die vorgeschobenen ideellen Gründe, die echten und wahren Gründe liegen ganz wo anders. Die anschlagentenden Ursachen der unglücklichen amerikanischen Produktivität sind etwa der ungeheure amerikanische Wirtschaftskörper, die ganz anderen sozialen Voraussetzungen, die dort drüben den Wirtschaftsherrn einen brutalen Klassenkampf und rücksichtslosere Ausbeutung gestatten; unter anderem befinden sich auch die Staatsmacht und der Staatsapparat in der Macht der Wirtschaft. Ein anderer Grund ist die den Weltmarkt beherrschende Stellung Amerikas in der Nachkriegszeit.

In einem Vortrag „Der Betriebsingenieur als Menschenerzieher“ empfiehlt Arnold das Mittel der Erziehung als ein sehr probates, die Arbeiter dem Betrieb zu verpflichten. Es sollen ihm die häuslichen Sorgen vermindert werden, und zwar durch Gründung von Kindergärten, Kinderheimen, Mutterpflege-, Erholungsstätten und vor allem durch Gründung von Frauenschulen zur Erziehung der Frauen, damit sie, wie sich Herr Arnold delikatschön ausdrückt, die sauer erworbenen Groschen gut verwerten — denn wenn der Arbeiter zufrieden ist, so wirke sich das ja auch im Betriebe aus. Für den jungen Menschen hält Arnold Turnen, Fußball, Theaterspielen usw. für eine gute Erziehung (nur weicht er selbstverständlich Ablenkung von den wahren Interessen). Sein Lehrlings-Turn- und Sportverein ist der „Deutschen Turnerschaft“ angeschlossen. Schon aus dieser eindeutigen Hinwendung zu einer wenig arbeiterfreundlichen Organisation ist die Marschrichtung erkennbar.

Wir fassen noch einmal das Ziel aller modernen Unternehmervereine, den Arbeiter an das Werk zu fesseln (Beratungsgemeinschaft, Werkseigenen, Dinfa, Betriebsabfuhrspflege usw.), zusammen: „Hilfslosigkeit der verhassten Gewerkschaften durch Aussonderung der Arbeiter aus ihren wirtschaftlichen Organisationen, indem man versucht, einzelnen Arbeitern Anschuldigungen und Anklagemöglichkeiten zu schaffen, indem man so den Willen zum Aufstieg der ganzen Klasse lähmt. Das Leistungsvermögen, der Leistungswille, die Leistungsfähigkeit sollen gesteigert werden — Menschenwirtschaft. Der Arbeiter soll innerlich in Zusammenhang gebracht werden mit dem Betrieb. Man will ihn menschlich näher kommen durch Vorträge und Erziehung zu wirtschaftlichem Denken (gemeint ist selbstverständlich privatwirtschaftliches Denken vom Standpunkt der Rentabilität des Betriebes) oder indem Betriebsangelegenheiten besprochen werden. Der Arbeiter soll so weit gebracht werden, daß er sich in der gegenwärtigen Wirtschaftform heimisch fühlt, wie es angeblich nach Ansicht der Diktatoren der amerikanische Arbeiter ist. Sein Streben nach wirtschaftlicher Besserstellung soll bestritt werden von der vergifteten Forderung eines zu Unrecht aus seiner Arbeitsleistung herausgeworfenen und ihm mit starkverfälschter Rücksichtslosigkeit voranzutreiben. Mit Verleumdungen soll der Arbeiter erfüllt werden über die ökonomischen Zusammenhänge von Betrieb und Wirtschaft. Die Lehrer und

Vortragenden werden selbstverständlich zweckentsprechend fortgeführt, dafür ist uns nicht bange. Niemals wird man auf die tieferen gesellschaftlichen Gründe eingehen.

Diesem Willen stehen die Gewerkschaften im Wege, daher fordert Bang Beseitigung der Gewalttätigkeit außerbetrieblicher Mächte und die Herrschaft betriebfremder Instanzen über den Betrieb, über Arbeiter und Unternehmer, deutlicher: die Arbeitnehmervertretungen müssen beseitigt werden, denn der Unternehmer muß der Führer seiner Arbeiter und seines Betriebes sein (lies statt Führer: Herr). Auch Prof. Dunkmann empfindet, daß die Interessentfronten eine Verschärfung erfahren haben durch gewerkschaftliches Denken (welches so bössartig ist, den Gegner und seine wahren Absichten zu erkennen); er will daher dem durch die Gewerkschaften „verschütteten Menschen“ zu Hilfe kommen durch Familienpflege, Erweckung von Heimatsinn, Kameradschaft, Freundschaft im Sinne einer ethischen Werksgemeinschaft.



Nur

gute Gewerkschafter sind auch gute Betriebsräte. Unorganisierte, Gelbe und Wirtschaftsfreudige, gewerkschaftsfeindliche, von Moskau dirigierte „Oppositionelle“ sind nicht geeignet,

die

Interessen der Arbeiterschaft wirklich und erfolgreich zu vertreten. Sie haben ja auch gar nicht den Willen dazu. Unorganisierte und Gelbe sind zu sehr von den Unternehmern abhängig, sie können nur wollen, was der Unternehmer will. Die Kandidaten der kommunistischen, „oppositionellen“

Liste

können nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handeln, weil sie willenlose Werkzeuge der KPD-Zentrale sind, die wiederum nach Moskauer Diktat handeln muß. Die kommunistische Partei duldet keine „unsicheren Kanonisten“ in ihren Reihen. Sollen wir Leute in Vertrauensstellungen wählen, die die Zerstörung unserer Organisation mit allen Mitteln erstreben? Nur die Stärke

deines

Verbandes ist es, die dem Betriebsrat Gewicht und Ansehen verleiht; ein Betriebsrat ohne Gewerkschaft ist eine hilflose, bedauernswerte Figur. Ohne eine starke Gewerkschaft kann er sich selbst nicht helfen, noch viel weniger aber anderen. Darum stimme bei der Wahl der Betriebsvertretung nur für die Liste deines

Verbandes!



Kapitalbildung und Kapitalnot.

Die Feststellungen über die Höhe der Kapitalbildung beruhen auf Schätzungen und sind daher nie eindeutig. Die Organe der Unternehmer behaupten, daß die Kapitalbildung im abgelassenen Jahr geringer war als im Vorjahre. Sie können aber keine schlüssigen Beweise für diese Behauptung bringen. Vielmehr spricht die Vermutung dafür, daß die Kapitalbildung in diesem Jahre größer war als 1928. Die Kapitalbildung hängt von der Höhe der Produktion und des Verbrauches ab. Je höher der Produktionsertrag und je geringer der letzte Verbrauch und der Verbrauch des Staates, um so größer sind die Ersparnisse, d. h. um so größer ist die Kapitalbildung. Im Bericht der Reichskreditgesellschaft wird gezeigt, daß der Verbrauch der deutschen Bevölkerung im Jahre 1929 nicht gestiegen ist. Angesichts des erheblichen Rückganges der gesamten Lohn- und Gehaltsinkommen im Jahre 1929 — bei geringer Erhöhung der Löhne und Gehälter führte die Arbeitslosigkeit, die Verminderung der Überstunden und der Zuschläge zur Abnahme des Lohn- und Gehaltsinkommens — ist es wahrscheinlich, daß der Verbrauch geringer war als im Vorjahr. Allerdings war der Verbrauch des Staates angesichts der erhöhten Reparationslasten und der großen Arbeitslosigkeit nicht unerheblich gestiegen. Auf der anderen Seite hat die Produktion an Umfang zugenommen, wenn auch der Produktionsindex der Reichskreditgesellschaft wesentlich ungünstiger ist als der des Konjunkturinstituts. Die Angaben der Reichskreditgesellschaft zeugen von einer sehr erheblichen Steigerung der Arbeitsleistung. Die Produktionskosten sind pro Einheit des Produktes gesunken. Man hat daher allen Grund, anzunehmen, daß sich die Kapitalbildung bei den Unternehmern aus Gewinnen, die nicht verteilt wurden, sondern in irgendeiner Form beim Unternehmen blieben, wesentlich vergrößert hat. Die Vermögensaufsammlung bei der Sozialversicherung machte weitere Fortschritte, auch hier war die Kapitalbildung erheblich größer als im Vorjahre. Auch die Steuermittel kommen zu einem Teil der Kapitalbildung zugute. In der Tatsache, daß im Jahre 1929 mit Hilfe von Hauszinssteuern, Sparkassen und Sozialversicherungsanstalten mehr Wohnungen als im Vorjahre gebaut werden konnten, kommt der Fortschritt der Kapitalbildung zum Ausdruck. Allerdings war der Zuwachs bei den Sparkassen geringer gewesen als im vergangenen Jahre. Die Reichskreditgesellschaft weist jedoch darauf hin, daß aus dieser Verlangsamung keine Verringerung der Kapitalbildung abgeleitet werden darf, da sie zum Teil nur Scheinbar ist, zum Teil auf einer Veränderung der Spargewohnheiten beruht. In der Privatversicherung erfahren die Prämienüberschüsse der Versicherungsanstalten trotz des Zusammenbruchs der „Favag“ keine Minderung.

Wie ist es nun möglich, daß trotz keiner Verminderung, ja bei einer Zunahme der inländischen Kapitalbildung, die Kapitalbildung sich wesentlich verschlechtert hat? Zunächst ist die inländische Emissionsfähigkeit im vergangenen Jahre

sowohl für Aktien wie für Schuldverschreibungen sehr stark zurückgegangen. Das aber zeugt nicht von einem Rückgang der Kapitalbildung, sondern von dem Stocken der Kapitalvermittlung. Die Reichskreditgesellschaft hebt mit Recht hervor, daß die Schwankungen der Emissionsfähigkeit innerhalb einzelner Jahre kein Symptom der Kapitalbildung sind, sondern vielmehr ein Symptom der Bereitwilligkeit, Kapital zur langfristigen Verwendung zur Verfügung zu stellen. Sie sind ein Symptom der Unternehmungslust und des allgemeinen Vertrauens. Der andere Grund für die Verschlechterung der Kapitalversorgung war der Rückgang der Kapitaleinfuhr. Die inländische Kapitalbildung reicht zur Zeit noch nicht aus, um den ganzen Kapitalbedarf zu decken, weshalb das ausländische Kapital herangezogen werden muß. Im Jahre 1929 wurde aber infolge von Schwierigkeiten, die zum Teil in der Lage des internationalen Geld- und Kapitalmarktes begründet waren, zum Teil den Anleiheverboten der Veranlagungsstelle für Anleihen der öffentlichen Wirtschaft zuzuschreiben sind, weniger Kapital eingeführt als in den früheren Jahren, und auch diese verringerte Kapitaleinfuhr erfolgte überwiegend in der Gestalt von kurzfristigen Anleihen, die neue Unsicherheit in die Kreditwirtschaft brachten. Verschärft wurde der Rückgang der Kapitaleinfuhr durch eine sehr erhebliche Abwanderung deutscher Kapitalien nach dem Ausland. Die Reparationsverhandlungen, die politische Verhehlung, die Volksabstimmung und die Demagogie bei der Finanzreform führten im Laufe des Jahres 1929 zu einer Kapitalflucht in großem Umfange, zur Valuta- und Steuerflucht des deutschen Kapitals. Der Einfuhrüberschuß an Kapital sank nach dem Ausweis der Reichskreditgesellschaft von 4,8 Milliarden Mark im Jahre 1927 auf 3,5 Milliarden Mark im Jahre 1928 und 2,5 Milliarden Mark im Jahre 1929. Diese Tatsachen dienen zur Erklärung dafür, daß die Kreditversorgung trotz erhöhter oder schlimmstenfalls gleichgebliebener inländischer Kapitalbildung sich im vergangenen Jahre erheblich verschlechtert hat.

Die sterbenden sowjetrussischen Gewerkschaften.

Der Prozeß der Abdröselung der Sowjetgewerkschaften schreitet rapid fort. Es gibt noch den Zentralrat der Gewerkschaften, es gibt örtliche Gewerkschaftsräte, es gibt zahllose zentrale, Gebiets-, Korrespondenz- und Kreisorgane der Gewerkschaften, es gibt einen gigantischen, weitverzweigten, unzählige Millionen verschlingenden Gewerkschaftsapparat. Aber die Gewerkschaften — selbst in ihrer Eigenschaft als Noterlass für proletarische Massenorganisationen — sterben ab, es gibt keine organisierten Arbeitermassen mehr, denen der Gewerkschaftsapparat als Organ ihres Willensvollzuges, und sei es auch als verkrüppeltes, unvollkommenes, halb erdrücktes Organ, aber doch immerhin als der Ausdruck ihrer Interessen in dem nun einmal gegebenen engen Rahmen erschiene. Was jetzt von den russischen Gewerkschaften übrig bleibt, ist nur „der Antriebsriemen, der von der Partei zu den Massen führt“, ist nur ein Apparat in den Händen der Diktatur zur Beeinflussung der Arbeitermassen, zur „Disziplinierung“ des Proletariats, zur Unterdrückung seiner Ungewissenheit, zur „Mobilmachung“ der Arbeiter im Krieg mit dem Bauerntum (Abordnung von Arbeiterkolonnen zur Getreidebereitstellung, zur Kollektivierung der Landwirtschaft, zur Ausaatkampagne usw.) und zur — proletarischen Verkleidung des volks- und arbeiterfeindlichen Wesensgehaltes des entarteten Regimes der kommunistischen Diktatur.

Das ist das beklagenswerte Ergebnis der neuesten Entwicklungsphase in der Gewerkschaftspolitik der KPD-SU. Sie wurde eingeleitet mit dem Feldzug gegen „Opportunismus“ und „Anhängigkeitsbestrebungen“, führte sehr bald zum dramatischen Sturz der „alten Leitung“, des Zentralrates der Gewerkschaften mit anschließender Säuberung aller führenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung von Funktionären, die verdächtig wurden, der „trade-unionistischen“ Kezerei Tomskis, d. h. eben jenen Anschauungen und organisatorischen Grundgedanken anzuhängen, die der kommunistischen Gewerkschaftspolitik während der ganzen NEP-Periode zugrunde gelegen haben, und endete mit einem Frontangriff auf das, was von den Gewerkschaften nach alledem übriggeblieben war.

Der Prozeß der Vernichtung der Gewerkschaften geht seinem Abschluß entgegen. Fieberhaft wird nach neuen Wegen einer organisatorischen Reform der Gewerkschaften gesucht, die die Garantie dafür geben könnte, daß die Gewerkschaftsarbeit einen „neuen Inhalt“ erhält und daß die Gewerkschaften zu einem absolut willfähigen Werkzeug der Festigung der Diktatur und ihrer „proletarischen“ Ausschmückung werden.

Die nahende politische Krise wird die russische Arbeiterklasse selbst der schwächsten Keimansätze öffentlich wirkender proletarischer Massenorganisationen beraubt finden.

G. Schwarz.

Frauenfragen.

Was jede Kollegin von den Betriebsrätewahlen wissen muß. Alljährlich finden im Monat März die Neuwahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen statt. Zehn Jahre sind seit dem Bestehen des Betriebsrätegesetzes vergangen. Zehn Jahre hat die Arbeiterschaft das gesetzliche Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Obgleich wir noch nicht ganz zufrieden mit dem Gesetz sein können, so wissen wir doch, daß manches besser geworden ist, viel Unternehmerwillkür eingedämmt werden konnte. Wir wissen auch, daß bei richtiger Anwendung des Gesetzes durch fähige Kolleginnen und Kolleginnen den Beschäftigten weitestgehender Schutz zuteil werden kann. Bei der Schaffung des Betriebsrätegesetzes trat stark der Ruf der vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft hervor, daß die Betriebsräte Organe zur Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in Gemeinwirtschaft werden sollten. Aber im Parlament hat sich die Arbeiterschaft praktisch noch nicht stark genug äußern können, so daß in Zukunft auf diesem Gebiete noch wertvolle Arbeit zu leisten bleibt. Diese Arbeit

kann nur bewältigt werden, wenn wir es verstehen, die richtigen Arbeitervertreter zu wählen, d. h. wenn wir gut organisierte und den ernsten Aufgaben gewachsene Männer und Frauen auf diese Posten stellen. Das müssen besonders die Arbeiterinnen beachten. Niemals dürfen sie sich herbeilassen, unverantwortlichen Wortführern und Phrasenhelden oder gar gewerkschaftlich Unorganisierten ihre Stimme zu geben. Immer müssen sie wissen, daß ihre Rechte nur durch die freien Gewerkschaften und von einer freigewerkschaftlich organisierten Betriebsvertretung gewahrt werden können. Kolleginnen, achtet auch darauf, daß zur rechten Zeit Stellung zur Betriebsratsneuwahl genommen wird, damit der Betriebsrat ordnungsgemäß gewählt werden kann. Gerade jetzt bei der großen Arbeitslosigkeit ist die Tätigkeit und das Vorhandensein des Betriebsrates wichtig. Besonders den Kolleginnen gegenüber erlaubt sich der Unternehmer, der Werkmeister, überhaupt fast jeder Vorgesetzte, zu Zeiten der schlechten Konjunktur oft eine schikanöse Behandlung. Man nimmt es auch mit der Befolgung der gesetzlichen Schutzbestimmungen nicht so genau. Die hygienischen Einrichtungen lassen oft noch viel zu wünschen übrig. Einstellungen, Entlassungen, Akkordregelungen und andere Fragen sind ebenfalls so wichtig, daß die Mitwirkung der Betriebsvertretung unentbehrlich ist.

Bei den kommenden Wahlen ist besonders zu beachten, daß auch Kolleginnen vorgeschlagen und gewählt werden. Diese Notwendigkeit wird leider noch nicht in allen Betrieben erkannt. Wir müssen immer wieder erleben, daß oft die Frauen noch ganz in der Betriebsvertretung fehlen oder nur in geringer Zahl vertreten sind. Auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1928 bringen darüber recht beachtliches Material. Der Gewerbeaufsichtsbezirk Nürnberg-Fürth berichtet da u. a.: „Bei den Betrieben ohne Vertretung handelt es sich überwiegend um Betriebe mit ausschließlich oder vorwiegend weiblichen Beschäftigten oder solchen, bei denen auf der einen oder anderen Seite wenig Sympathie für eine Betriebsvertretung besteht.“ Steffin berichtet ähnlich: „Besonders in den Betrieben mit ausschließlich oder überwiegend weiblichen Arbeitnehmerinnen fehlt die Betriebsvertretung vielfach. So haben z. B. selbst größere Fischräuchereien, deren Arbeiterschaft sich fast nur aus Frauen zusammensetzt, keinen Betriebsrat.“ Aus Hamburg wird gemeldet: „Im ganzen hat sich die Zahl der gewerblichen Betriebe, die über eine Betriebsvertretung verfügen, vermehrt. Größere Betriebe haben fast stets eine Arbeitervertretung. Nur in einigen größeren Betrieben mit überwiegend unorganisierte weiblicher Arbeiterschaft fehlt sie.“ Schlimm ist es, was da aus Köln berichtet wird: „Bedauerlich ist, daß in manchen Betrieben, die nur Frauen beschäftigen, diese von der Errichtung einer Betriebsvertretung unter Berufung auf das gute persönliche Verhältnis zum Arbeitgeber in der Regel nichts wissen wollen.“ Ganz richtig führt der Bericht dann weiter aus, daß die Behauptung mancher Arbeiterinnen, das Vorhandensein eines Betriebsrates diene nur dazu, dieses Vertrauensverhältnis zu stören, nur durch Unkenntnis des Gesetzes zu erklären ist.

Nicht umsonst betonen wir die Notwendigkeit, mehr Funktionärinnen heranzubilden. Ein guter Stab von Frauenpersonen im Betriebe, gebildet von gut organisierten Kolleginnen und Kollegen, ist auch eine Gewähr für die Schaffung einer geschlichen Betriebsvertretung. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, auf dieses so schwer und unter mühevollen Kämpfen errungene Recht zu verzichten. Besonders die Arbeiterinnen können es nicht. Wieviel mehr Streit- und Arbeiterschulfragen oder sonstige Unstimmigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis betreffen die Frauen? Und wohin wenden sie sich, wenn keine Betriebsvertretung vorhanden ist? Wo fordern sie ihr Recht? Etwa beim Unternehmer, weil sie mit ihm in „guten persönlichen Einvernehmen“ stehen? Kolleginnen! Laßt euch nicht käufeln! Schon manchmal hat sich Leichtsinns und Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft zum eigenen persönlichen Schaden ausgewirkt. Laßt euch nicht zurückschrecken von Vorgesetzten, indem euch gesagt wird, es ginge doch auch ohne Betriebsrat, sondern seid mutig und denkt auch mal an euer Interesse, das niemals von Gegnern gewahrt werden kann.

Zu beachten ist noch, daß bereits tüchtige Kolleginnen in den Betriebsräten mit viel Geschick und Ausdauer in der Interessenvertretung der Arbeiterschaft mitwirken. Und wenn im Aufruf des IGB betont wird, daß bei der Auswahl der Kandidaten berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebbarkeit und gewerkschaftliche Erfahrung notwendig ist, dann wissen wir, daß nicht nur Männer, sondern auch Frauen mit solchen Qualitäten ausgezeichnet sein können. Es ist deshalb auch nicht richtig, wenn es immer noch organisierte Kolleginnen und bereits tüchtige Betriebsfunktionärinnen gibt, die eine Wahl in den Betriebsrat ablehnen mit der Begründung: Das kann ich nicht, oder: Ich habe keine Zeit, oder: Das können die Männer machen, und wie die unschönen Ausreden alle heißen. Das ist das Minderwertigkeitsgefühl, das von allen arbeitenden Frauen und Mädchen überwunden werden muß, um so mehr, als die Praxis zeigt, daß wertvolle Kräfte unter den Frauen vorhanden sind. Wir müssen es aber auch gebührend zurückweisen, wenn Kollegen sich noch auf den Standpunkt stellen, wir brauchen keine Frau im Betriebsrat, oder wenn die Männer überhaupt glauben, alle Fragen im Betrieb ohne Mitwirkung der Frauen entsprechend vertreten und regeln zu können. Es gibt eben spezielle Arbeiterinneninteressen innerhalb des Betriebes, bei denen die Mitwirkung der Frauen geradezu unentbehrlich ist. Erinnerung sei nur an die Arbeiterinenschutzbestimmungen, besonders an den Schwangerenschutz. Ebenfalls kommen Akkordfreistellungen bei Frauenarbeit häufig vor. Und es kann hier sicher nicht gleichgültig sein, ob nur Männer oder ob Männer und Frauen gemeinsam für Einhaltung der Bestimmungen und Vereinbarungen Sorge tragen. In der Frage der Betriebshygiene, wie Ankleide- und Speiseräume, Abortanlagen, sanitäre Einrichtungen usw., finden wir ebenfalls ein wichtiges Arbeitsfeld für die Kollegin, die für gleiche Rechte und anständige Arbeitsverhältnisse zu streben vermag. Die zahlen-

mäßige Stärke der erwerbstätigen Frauen und Mädchen und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit zwingt die Gewerkschafterin unbedingt zur Aktivität.

Anna Jammert.

Zur Frage der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau.

Die umfangreiche Arbeitslosigkeit hat seit Jahren die Aufmerksamkeit auf das Problem der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau gelenkt. Von verschiedenen Seiten wurden Stimmen laut, die im Zusammenhang damit auf die unrichtige Verteilung der Arbeit aufmerksam machten: einerseits arbeitslose Familienväter, deren Familien hungern, sowie alleinstehende arbeitslose Frauen und Mädchen; andererseits verheiratete Frauen, die Arbeit leisten, die sie für ihren Lebensunterhalt eigentlich nicht zu verrichten brauchen. Ohne sich über die Tragweite und die Einzelheiten dieses Problems Rechenschaft zu geben, ging man da und dort sogar so weit, in den Betrieben ein Verbot der Arbeit der verheirateten Frauen zu fordern.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß tatsächlich in vielen Fällen Arbeitsplätze von verheirateten Frauen eingenommen werden, die zum Zwecke ihres Lebensunterhalts nicht auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Die Gewerkschaftsbewegung kann sich nicht verhehlen, daß in diesen Fällen gegenüber jenen eine soziale Ungerechtigkeit begangen wird, die sich aus Mangel an Erwerbsarbeit in einer wirtschaftlichen Notlage befinden oder einer unzureichenden behördlichen Fürsorge anheimgegeben sind. Welchen Standpunkt muß im Hinblick auf die herrschende Arbeitslosigkeit die Gewerkschaftsbewegung einnehmen? Ein Versuch, die Antwort auf diese Frage zu erteilen, führt zu einer Untersuchung der Ursachen der Arbeit verheirateter Frauen (wobei dann in Erscheinung

Die Frau in der Zukunft.

Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Manne als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschichte. Ihre Erziehung ist der des Mannes gleich, mit Ausnahme der Abweichungen, welche die Verschiedenheiten des Geschlechtes und ihrer geschlechtlichen Funktionen bedingen; unter naturgemäßen Bedingungen lebend, kann sie ihre physischen und geistigen Kräfte nach Bedürfnis entwickeln und betätigen, sie wählt für ihre Tätigkeit diejenigen Gebiete, die ihren Wünschen, Neigungen und Anlagen entsprechen und ist unter den gleichen Bedingungen wie der Mann tätig.

August Bebel, geb. am 22. Februar 1840, in seinem Buche: „Die Frau und der Sozialismus“.

treten muß, inwieweit wirklich von einer „Doppelexistenz“ gesprochen werden kann) und der Folgen, die aus Maßnahmen zur Aufhebung eventuell bestehender ungerechtfertigter Arbeitsverteilung sich ergeben würden.

Alle Äußerungen zuständiger Personen und Institutionen hinsichtlich der Ursachen der Arbeit verheirateter Frauen tun aber dar, daß die meisten verheirateten Frauen durch die Not gezwungen werden, Erwerbsarbeit zu verrichten, so daß von einer Doppelexistenz keine Rede ist.

Bei der Prüfung der Frage der Arbeit verheirateter Frauen muß in erster Linie bemerkt werden, daß ein Verbot gegen die Grundzüge der freien Gewerkschaftsbewegung verstoßen würde. Außerdem sei auf die Resolution des IGB-Kongresses von Paris (1927) hingewiesen, die u. a. besagt: „Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bedingt in allen Ländern eine ständige Zunahme der Frauenerwerbsarbeit. Alle Bestrebungen, die Frauen aus der Berufsarbeit auszuschalten, stehen im Widerspruch zu dieser Entwicklung.“ Ein Verbot kann sich in den meisten Fällen nicht auf Berechtigungsgründe stützen, zumal die meisten verheirateten Frauen durch die Not gezwungen werden, Erwerbsarbeit zu verrichten. Aus den Familienpflichten der verheirateten Frau kann die Gewerkschaftsbewegung niemals ein Recht herleiten, sie einem Ausnahmegesetz zu unterstellen, das gegen das von allen Parteien anerkannte Prinzip der Gleichberechtigung der Frau verstößt würde. Des weiteren dürfte ein Verbot sich weder auf verheiratete noch auf Frauen überhaupt beschränken, sondern müßte auf alle Männer ausgedehnt werden, die nicht der öffentlichen Wohlfahrtspflege überantwortet werden, wenn sie kein Einkommen aus Erwerbsarbeit haben. Ein gesetzliches Verbot müßte so viele Ausnahmen zulassen, daß von dem Gesetz und seiner Absicht nicht viel übrig bliebe. Wie Gertrud Hanna mittelt, hat es sich gezeigt, daß die besten Ehen unter den Arbeitern dort zu finden sind, wo sowohl Mann als Frau mitarbeiten. Ein Verbot der Arbeit verheirateter Frauen hätte zur Folge, daß weniger Ehen geschlossen würden und die Zahl der unehelichen Kinder steigen würde. Ein Verbot würde auch in vielen Fällen bedeuten, daß die Frau nach der Heirat gezwungen wäre, die weitere Entwicklung ihrer Persönlichkeit aufzugeben. Zum Schluß sei auf die Erfahrungen aufmerksam gemacht, die Deutschland nach dem Kriege mit der Demobilisierungsvorordnung zur Freimachung von Arbeitsplätzen, besetzt mit Frauen und Männern, die sie nicht unbedingt benötigten, gemacht hat. Die Praxis dieser Verordnung hat ergeben, daß gesetzliche Maßnahmen in dieser Beziehung nichts bewirken konnten. In zahlreichen Fällen wurde mit der Freimachung von Arbeitsplätzen nicht mehr erreicht, als daß mehr Arbeitslosigkeit geschaffen wurde, weil die Arbeitsplätze nicht wieder besetzt wurden. Die Verordnung wurde deshalb im Jahre 1923 aufgehoben.

Im folgenden geben wir noch den Standpunkt von einigen dem IGB angeschlossenen Landeszentralen wieder. Der Belgische Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, daß von einem Verbot der Arbeit verheirateter Frauen nicht die Rede sein kann. Wenn man aber auch nicht an ein solches

Verbot denkt, so wäre es doch wünschenswert, daß das Gehalt des Ehemannes seiner Familie ein erträgliches Leben sichern und seiner Frau gestatten kann, sich ganz ihrer Haushaltung zu widmen und ihrer Pflicht als Gattin und Mutter in angemessener Weise nachzukommen.

Die Ausschüttung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Entschließung betr. die Frage der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen angenommen. Der Vorstand vertritt darin den Standpunkt, daß es sich in Zeiten großer und langandauernder Arbeitslosigkeit nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhaltes brauchen. Dabei sind unbillige Härten zu vermeiden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des ADGB, in erster Linie oder gar ausschließlich verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen zu entfernen. Das grundsätzliche Recht der verheirateten Frau auf Arbeit darf besonders von den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht angefastet werden.

Die kanadischen Gewerkschaften betrachten die Frage nicht als wichtig. Im allgemeinen besteht die Tendenz, die Beschäftigung verheirateter Frauen in der Industrie zu verhüten, falls nicht besondere Umstände dieselbe nötig machen.

Der Gewerkschaftsbund Lettlands ist im allgemeinen der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sei, die Rechte der verheirateten Frauen auf Arbeit zu beschränken.

Der Spanische Gewerkschaftsbund steht auf dem Standpunkt der allgemeinen Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

In seiner Sitzung vom 1. und 2. Oktober 1929 hat das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee des IGB zur Frage der Arbeit verheirateter Frauen Stellung genommen und sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß Sondermaßnahmen gegen die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen ungerecht seien und gegen die Grundzüge der Arbeiterbewegung verstößen. Andererseits wurde aber auch anerkannt, daß Fälle eintreten können, wo Gewerkschaften bei Massenarbeitslosigkeit Maßnahmen ergreifen müssen, um den wirtschaftlich schwächeren Menschen der wirtschaftlich stärkeren den Vorzug zu geben.

Abkräftung der Säbelbeine.

Mangel an Licht, Luft und Sonne sind von der ärztlichen Wissenschaft als Hauptursachen der englischen Krankheit oder Rachitis erkannt worden. Dazu kommt eine unzureichende Ernährung: Fleischnahrung beim Säugling, Fehlen von Gemüse und Obst in der Nahrung des Kleinkindes und gleichzeitig Überfütterung mit Fett und Kuhmilch. Gerade im Winter mit seinen kurzen Tagen, an denen die Sonne nur wenig über den Horizont schaut und kaum in die hochgebauten Straßen der Städte und noch viel weniger in enge Hinterhöfe hineinzuscheinen vermag, in denen auch die notwendigen Nahrungsmittel, vor allem Gemüse, teuer und schwer zu beschaffen sind, erheischt die Vorbeugung gegen diese Volkskrankheit erhöhte Aufmerksamkeit. Reichen die verhütenden Maßnahmen nicht aus und tritt — häufig auf Grund erblicher

Verbandsbericht des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg



Die schwachen Reintchen
Dah lieber nicht ruhn
Das Kind wird das Seine
Von selber schon tun.

Originalzeichnung von H. Sellmann

Anlage — eine Erkrankung ein, die sich vornehmlich in Störungen im Knochenstern zeigt, so ist neben der ärztlichen Behandlung (künstliche Bestrahlung, Anwendung von Lebertran, Vigantol usw.) vor allem dafür Sorge zu tragen, daß schwerere Erscheinungsformen, insbesondere Verkrüppelungen aller Art, vermieden werden. Die bekannten D- oder Säbelbeine entstehen bei rachitischen Kindern vor allem dann, wenn sie vorzeitig zum Gehen und Stehen veranlaßt werden. Die liebe Eitelkeit der Eltern spielt dabei eine nicht geringe Rolle. Ist es nicht tausendmal besser, sein Kind noch ein paar Monate als vierbeiniges Tierchen auf dem — allerdings zweckmäßig mit einer wasserdichten Decke belegten — Boden herumkriechen zu lassen, als später von Fremden ein mitleidiges Lächeln von dem Kinde selbst bittere Vorwürfe hören zu müssen, wer es mit mißgestalteten Beinen herumläuft, noch dazu im Zeitalter der kurzen Röcke und Hosen?

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Die Bezirkszahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes Darmstadt hielt am 2. Februar ihre ordentliche Kreis-Generalversammlung ab. Erschienen waren 88 Vertreter aus 50 Filialen einschließlich der Verwaltung. Der Vorsitzende, Kollege Stahl, gebachte der 26 im Laufe des Geschäftsjahres 1929 verstorbenen Verbandmitglieder. Sodann erhaltete Kollege Pantermann den Geschäftsbericht und Kollege Ragner den Kassabericht über das vergangene

Geschäftsjahr. Aus diesen beiden Berichten ist hervorzuheben, daß auch im abgelaufenen Geschäftsjahr der Verband vorwärts gekommen ist. Fast in allen Betrieben und Industriezweigen konnten neue Lohnverträge mit entsprechender Lohnverhöhung abgeschlossen werden. Der Mehrverdienst, den die Arbeiterchaft, einschließlich der Unorganisierten, dabei erzielte, betrug, umgerechnet auf das Jahr, rund 491.500 Mk. Um diesen Betrag wurde die Kaufkraft der Kollegschaft verstärkt. Die Arbeitslosigkeit unter unseren Verbandmitgliedern betrug im Jahresdurchschnitt 411 = 7,8 Prozent, und 409 Mitglieder, das sind ebenfalls 7,8 Prozent, hatten unter Kurzarbeit zu leiden. Im Monat November 1929 wurden 1222 = 23,8 Prozent von der Kurzarbeit betroffen. Angehts dieser Tatsache muß es als eine Verkenning der wirtschaftlichen Verhältnisse bezeichnet werden, daß die Mehrzahl der Fabrikarbeiter zum Bezug von Krisenunterstützung nicht zugelassen ist. Dieses Unrecht wird noch besonders deutlich dadurch, daß die Zahl der Beschäftigten in 94 dem Fabrikarbeiterverband zugehörigen Betrieben gegenüber dem Vorjahr um 492 = 10,4 Prozent Arbeiter und um 115 = 5,2 Prozent Arbeiterinnen, zusammen um 7,8 Prozent, zurückgegangen ist, die also durch die Rationalisierungsmaßnahmen abgebaut worden sind. Die Mitgliederzahl in der Zahlstelle hat eine kleine Zunahme erfahren, so daß am Schluß des Jahres 5118, davon 1206 weibliche Mitglieder vorhanden sind. Die Zahl der Unorganisierten in den unserem Verbande zugehörigen Betrieben ist von 33,8 Prozent auf 31,8 Prozent zurückgegangen. Die Kassenverhältnisse sind bedeutend günstiger geworden. Die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse betragen 245.932 Mk. gegen 206.014 Mk. im Vorjahr. Von diesem Betrag wurden an die Mitglieder an Unterfertigung ausgezahlt: für Arbeitslose 22.566 Mk., für Kranke 33.483 Mk., als Sterbebeleg 3264 Mk. und als Notlagenunterstützung 1889 Mk. 500 Mk. wurden für Rechtschutz und 230 Mk. für sonstige Unterfertigungen verausgabt. Rund 99.787 Mk. wurden an die Hauptkasse übermiesen. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse betragen 105.921 Mk. und der Kassenbestand am 31. Dezember 1929 einschließlich der angelegten Gelder 26.826 Mark. Der Verwaltung und dem Hauptkassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dem Geschäftsbericht schloß sich eine lebhaft, aber durchweg sachliche Diskussion an. Ein von den Kommunisten eingebrachter Antrag, die Schreibweise des Verbandsorgans betreffend, wurde mit allen gegen sechs Stimmen abgelehnt und folgender Antrag der Verbandsleitung angenommen:

„Die Kreis-Generalversammlung billigt die Schreibweise des „Proletariats“ und des „Keramischen Bundes“ und fordert deren Redaktionen auf, mit aller Rücksichtslosigkeit alle diejenigen politischen Parteien, die sich in Angelegenheiten unseres Verbandes einzumischen versuchen und damit die Kampfkraft des Verbandes schwächen, in der feithrigen Weise zu bekämpfen.“

Ebenso wurde gegen sechs kommunistische Stimmen eine Resolution angenommen, in welcher der Hauptvorstand und die übrigen Gewerkschafts- und Parteinstanzen aufgefordert werden, eine weitere Arbeitszeitverkürzung mit entsprechendem Lohnausgleich auf dem Wege der Gesetzgebung anzustreben und dafür einzutreten, daß der Bezug der Altersrente von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt wird und die Invalidenrente bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Prozent zur Auszahlung kommt. Außerdem wurde noch ein Antrag angenommen, daß die Gewerbeaufsichtsbehörde bei Revisionen der Betriebe mehr von der Zuziehung der Betriebsvereinigungen Gebrauch macht, als es bedauerlicherweise bislang der Fall war. Kollege Stahl berichtete über die 11. Beiratsitzung, die am 15. bis 18. Dezember 1929 in Hannover stattfand. Kollege Lantermann machte auf den neuen Verbandsfilm „Aufstieg“ aufmerksam und teilte mit, daß der Film in der Woche vom 17. bis 23. Februar in den Orten Arschingen, Bensheim, Heppenheim, Michelstadt, Höchst, Pfungstadt, Darmstadt zur Vorführung gelangt. Zur Wahl der Kreisverwaltung wurde beschlossen, daß in dieser für die Zukunft alle Branchen unseres Verbandes vertreten sein sollen, und daß sie einschließlich der Verbandsleitung aus zwölf Personen bestehen soll. Die Neuwahl hatte folgendes Resultat: Für die chemische Industrie die Kollegen Reiz, Dietrich, Müller und Weß, für die Papierindustrie Schwinn, für die Nahrungsmittelindustrie Häbner, für die keramische Industrie Bernhardt und für die sonstigen Industrien die Kollegen Chelius und Müller.

Dresden: Die Ortsverwaltung Dresden des Fabrikarbeiterverbandes Sachsislands hielt am 31. Januar 1930 ihre Jahresgeneralversammlung ab. Kollege Or a f e gab den Geschäftsbericht. Die für 30 Industriezweige unseres Verbandes geführten Lohn- und Tarifverhandlungen brachten für etwa 17.500 beschäftigte Kollegen und Kolleginnen eine Lohnverhöhung von insgesamt 1.700.000 Mk. oder eine Durchschnittshöhenverhöhung je Arbeiter um 4% und je Arbeiterin um 3 1/2 %. Wenn dies auch nicht allenfalls als zufriedenstellend bezeichnet werden könne, so bedeuete es doch einen Erfolg der organisierten Arbeiterchaft. Wo die Organisation stark war, brachten wir die Schlichtungsstellen, nicht, sondern auf dem Verhandlungswege oder unter Einwirkung von Nachmitteln wurde das angestrebte Ziel erreicht. Hauptaufgabe der kommenden Zeit sei deshalb Stärkung der Organisation. Weit über 1000 Branchenverwaltungen, Verhandlungen und Konferenzen kennzeichnen den Umfang der geleisteten Arbeit der Ortsverwaltung im Berichtsjahre. In über 300 Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten wurden die Rechts- und tariflichen Belange der Arbeiterchaft vertreten. Auch hier sind materielle Erfolge von vieler Tausenden für unsere Mitgliedschaft erreicht worden. Der Anstellung- und Bildungsarbeit ist im vergangenen Jahre die größte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Anstellung- und Fortbildung in großer Zahl sind vorbereitet worden. Die Verbandsschule in Weimigen sowie die Betriebsratsschulen wurden mit Kollegen und Kolleginnen unserer Zahlstelle besetzt. In Dresden und Freital wurden Kurse über Arbeitsrecht und Wirtschaftslage abgehalten, die einen guten Besatz anwiesen. Über 300 invalide Kollegen kamen zu Beginn des Jahres 1930 in den Genuß der neu eingeführten Invalidenunterstützung. Die Arbeitslosigkeit war in fast allen Industriezweigen am Schluß des Jahres erheblich höher. An Arbeitslose und invalide Mitglieder sind allein zu Weihnachten 25.000 Mk. in Beträgen von 12 und 15 Mk. als Sonderunterstützung zur Anzeigung gebracht worden. Anträge auf Erweiterung der Krisenunterstützung für unsere Industriezweige infolge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit lasen bei den zuständigen Stellen. Die durch das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz eingeführten Verschlechterungen der Unterstützung bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit wurden durch zahlreich eingeleitete Befreiungen beim Landesarbeitsamt gemildert, und eine große Zahl von Betrieben konnte auf unseren Antrag in die allgemeine Versicherung eingereiht werden. Das kommende Jahr wird schwere Kämpfe bringen. Die Abwehr von Verschlechterungen und die Fortentwicklung der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfordern höchste Geschlossenheit der organisierten Arbeiterchaft. Leider finden die Arbeitgeber und ihre Verbände in dieser schweren Zeit etwa 5000 Genossen in unseren eigenen Reihen. Überall, wohin man blickt, betreibt die kommunistische Partei die Zerstückelung von Organisationen der Arbeiterchaft und arbeitet unseren Gegnern in die Hand. Es muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gewerkschaften die kommunistische Kasse- und Parteipolitik ablehnen und daß ein Zusammengehen zwischen dem Verband und solchen Kollegen, welche diese arbeiterschädlichen Versuche fördern, unter allen Umständen gezeugt werden muß. Der vom Kollegen H a h n erstellte Kassenbericht gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterchaft und die Notwendigkeit der Fortentwicklung der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfordern höchste Geschlossenheit der organisierten Arbeiterchaft. Leider finden die Arbeitgeber und ihre Verbände in dieser schweren Zeit etwa 5000 Genossen in unseren eigenen Reihen. Überall, wohin man blickt, betreibt die kommunistische Partei die Zerstückelung von Organisationen der Arbeiterchaft und arbeitet unseren Gegnern in die Hand. Es muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gewerkschaften die kommunistische Kasse- und Parteipolitik ablehnen und daß ein Zusammengehen zwischen dem Verband und solchen Kollegen, welche diese arbeiterschädlichen Versuche fördern, unter allen Umständen gezeugt werden muß.

unter dem Gaudurchschnitt. Sie beträgt 11.431. Der Antrag auf Entlastung des Kassierers fand einstimmige Annahme. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kleber, Weig, Schaller, Griesbach, Lochmann und Jakob. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben die Wiederwahl der durch die Branche vorgeschlagenen Kollegen und Kolleginnen mit 325 Stimmen. Die Opposition erhielt bei der diesmaligen Wahl keinen Sitz in der Ortsverwaltung, da die wiedergewählten Kollegen Kirchhof und Schäblich wegen ihrer gewerkschaftlichen Einstellung aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden. Unter Verbandsangelegenheiten wurde auf die kommenden Betriebsratwahlen, auf den in den nächsten Monaten laufenden Gewerkschaftsfilmen unserer Organisation und auf die am 28. Februar 1930 stattfindende Betriebsraterversammlung hingewiesen. Richard Mager, Schriftführer.

Eisenberg-Grünstadt. Am 2. Februar 1930 tagte in Eisenberg unsere Generalversammlung, in der Kollege Weyer den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete. Das Jahr 1929 stand im Zeichen des härtesten Defizitkampfes. Die große Kälte im Winter verschärfte die an sich schon schlechte Wirtschaftslage noch ganz erheblich. 6 Betriebe mit 520 Beschäftigten lagen ganz still, weitere 130 Mann wurden aus 2 Betrieben entlassen, dazu kamen noch 240 Kurzarbeiter, bei einer Beschäftigtenzahl von 1800 im Zahlstellengebiet. Selbst in den Sommermonaten hielten die Entlassungen an. 208 Mitglieder waren erwerbslos, gleich 18 Prozent der Mitglieder. Krank waren 262, gleich 21 Prozent, insgesamt also 39 Prozent. Selbst Firmen, welche seit Kriegsende noch nie stillgelegt oder größere Entlassungen vorgenommen hatten, legten im Berichtsjahre teilweise still oder setzten mit einzelnen Abteilungen aus. In den Lohnverhandlungen konnte jeder Abbau verhindert werden und darüber hinaus sind noch Lohnverhöhungen um 2 bis 5 Pf. pro Stunde durchgesetzt. Die Betriebsratwahlen zeigten folgendes Ergebnis: In 27 Betrieben wurden 65 Betriebsräte unseres Verbandes, 6 Bergarbeiter und 8 Christliche gewählt. In 19 Betrieben stellt unsere Organisation den Vorsitzenden, die Bergarbeiter 3 und die Christlichen 1. Die Tätigkeits der Betriebsräte kann nicht allenthalben befriedigen, trotz größter Unterstützung durch die Zahlstelle. Der Kassenbericht weist in der Hauptkasse eine Einnahme von 50.979 Mk. aus. An Kranke und Erwerbslose wurden 12.200 Mk. Unterfertigung ausgezahlt. Die Lokalkasse weist eine Einnahme von 17.550 Mk. aus. Der Kassenbestand erhöhte sich von 2267 Mk. auf 7000 Mk. Darüber hinaus erfolgte reifliche Schuldenentlastung beim Hauptvorstand. Die Mitgliederzahl stieg von 1176 am Schluß des Jahres 1928 auf 1204 am Schluß des Berichtsjahres. In der Aussprache wurde die gute Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle anerkannt und weitere tatkräftige Mitarbeit der einzelnen Mitglieder als dringend notwendig bezeichnet. Die Ortsverwaltung wurde wiedergewählt, ein Zeichen für das Vertrauen, das die Kollegen der Ortsverwaltung entgegenbringen. Der dritte Bevollmächtigte, Kollege Wöhrer, gab hierauf den Bericht über die Zahlstellensleiterkonferenz. Zum letzten Tagesordnungspunkt beantragten zahlreiche Mitglieder die Anschaffung eines modernen Verkehrsmittels, ohne welches bei der eigenartigen geographischen Gliederung unseres Zahlstellengebietes nicht auszukommen sei, wenn die Aufgaben der Organisation einwandfrei durchgeführt werden sollen. Die Abstimmung hierüber ergab einstimmige Annahme des Antrages auf Anschaffung eines Kleinautos. In der Zeit vom 23. bis 28. Februar wird in den größeren Orten der Zahlstelle eine Reihe von Vorführungen unseres Verbandsfilms „Aufstieg“ durchgeführt.

Kiel. Am 8. Februar 1930 fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus in Kiel statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Gewerkschaften im Wandel der Zeit. Referent: Verbandsvorsitzender Koll. Karl L h i e m i g (Hannover). 2. Ansprache. 3. Verbandsangelegenheiten. Koll. Thiemig gab den Mitgliedern ein Bild von der Entwicklung der Gewerkschaften bis zur Gegenwart. Früher versuchte sich die unterdrückte Klasse mit dem Mittel der Gewalt von ihrem Joch zu befreien, z. B. die Sklavenbefreiung und die Bauernkriege. Aber mit den gleichen Mitteln wurde sie auch niedergebunden. Noch im Zeitalter der Maschinenindustrie versuchten Meister und Gesellen den Einzug der Maschine in die Industrie mit Gewalt zu verhindern. Jetzt führt das Proletariat seinen Klassenkampf mit dem Mittel der Idee, gleich auf starke Arbeiterorganisationen. Wenn es gelingt, alle Arbeiter zu organisieren, und dies ist möglich, können wir auch bessere Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse schaffen. Das wertvollste Gut eines Arbeiters ist seine Arbeitskraft. Sie möglichst lange zu erhalten, ist eine der wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben. Die Unternehmer sind doppelt und dreifach in Kartellen und Trusten organisiert. Die Arbeiterorganisationen sollen dazu ein Gegengewicht sein, daher ist es erforderlich, daß sich jeder Arbeiter einer freien Gewerkschaft anschließt. Vor dem Jahre 1845 war es dem Arbeiter überhaupt nicht möglich, sich zu organisieren. Erst das Koalitionsrecht gab ihm die Möglichkeit. 1874 waren insgesamt 46.000 Arbeiter in allen drei Gewerkschaftsrichtungen organisiert, hieron waren 16.000 Sozialisten. Durch das Sozialistengesetz wurde wieder alles zerfallen. Wenn man bedenkt, daß 12 Jahre später in Deutschland 68 Verbände mit über 300.000 Mitgliedern und einem Vermögen von fast 1 Mill. Mark zu uns gehörten und daß wir so gegenüber den fünf Hunderten mit 14 Verbänden und 63.000 Mitgliedern, die durch das Sozialistengesetz nicht aufgelöst waren, das Fünftfache hatten, so zeigt sich schon, daß die Idee auf die Dauer nicht zu knechten ist. Durch die Schaffung der Mitbestimmungsrechte ist nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein höheres Ziel. Wohl sind auch heute noch die Fragen der Löhne, der Arbeitszeit und der Betriebsverhältnisse grundlegend, aber darüber hinaus verlangen wir von der Wirtschaft und vom Staat bedeutend mehr. Wir fordern das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, den Ausbau des Betriebsratengesetzes, das uns schon ein gewisses Mitbestimmungsrecht gab. Aber wir wollen nicht nur mitbestimmen, sondern mitbestimmen. Durch unsere Genossenschaften, Bankhäuser, durch die Arbeiterbank, Volksfürsorge usw. sind wir auf dem Wege dazu. Die öffentliche Meinung wird von uns noch viel zu wenig beeinflusst. Ein Zwölftel aller Zeitungen sind noch bürgerlich eingestellt und mit ein Zwölftel proletarisch. In unserem Ziel, Demokratisierung des Staates zum Sozialismus, unterscheiden wir uns von den anderen Gewerkschaftsrichtungen. Wir werden es aber erreichen, denn wir sind heute ein Machtfaktor auf politischem, gewerkschaftlichem, kulturellem und genossenschaftlichem Gebiet. Bei Punkt 2 machte Koll. Wäbel auf einige wichtige Verhandlungen und Vorträge aufmerksam. Koll. K u n z sprach über die neue Invalidenunterstützung in unserem Verbande und gab bekannt, daß in der Zahlstelle Kiel an 168 Mitglieder der Betrag von insgesamt 912,15 Mk. vom 1. Januar 1930 an monatlich gezahlt wird, so daß auch dieser neue Unterfertigungszweig sich gegenwärtig für die Mitglieder auswirkt. Koll. Wäbel wies zum Schluß auf die Bedeutung der Neuwahl der Betriebsräte, Betriebsobleute und Vertrauenspersonen hin.

Wirtschaftliches.

Die langlebige kapitalistische Wirtschaft.
Der Siemenskonzern hat kürzlich in Amerika eine Anleihe aufgenommen, die eine Laufzeit von fast fünf Jahren, also bis zum Jahre 1930 hat. Die lange Laufzeit soll angeblich auf fortschrittliche Vorschriften der Vereinigten Staaten zurückzuführen sein. Doch soll uns das weniger interessieren. Festzuhalten ist die Tatsache, daß man in der großkapitalistischen Welt mit dem ewigen Bestande der kapitalistischen Wirtschaft rechnet. Es wird viel über die Zukunft der gegenwärtigen Wirtschaftsjorn geredet und geschrieben. Einer der besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft, Werner Sombart, spricht von einem Spätkapitalismus, der sich in seinen Grundzügen schon wesentlich gewandelt habe. Und während sich die Theoretiker über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft

den Kopf zerbrechen, rechnen die Kommandeure des Wirtschaftslebens mit einem Bestande von tausend Jahren. Sehr große Widersprüche mithin, die zu klären unmöglich ist. Der Arbeiterchaft muß es immerhin zu denken geben, daß ihre Gegner noch lange nicht daran denken, von der Kommandobrücke herabzuspringen. Bekanntlich war nach dem Novembersturm sehr weitgehend die Meinung verbreitet, daß der Kapitalismus in seinen letzten Zügen liege. Eine vollständig verkehrte Anschauung, wie die Nachkriegsentwicklung bewiesen hat. Während man nämlich den Untergang des alten Europas deutlich zu spüren glaubte, lebte jenseits des Ozeans der Kapitalismus in neuer Form auf. Wir sollten jedenfalls gegenüber Prophezeiungen vom Untergang der gegenwärtigen Wirtschaftsform sehr vorsichtig sein. Der Kapitalismus hat sich als äußerst schmiegsam und wandlungsfähig erwiesen. Noch ist der größte Teil der Erde nicht vollständig in den Zirkulationskreis der kapitalistischen Wirtschaft einbezogen. Noch harren ganze Völker und Erdteile des Aufschlusses. Ja selbst in Europa gibt es Länder, die als rein kapitalistisch orientierte Staaten nicht zu bezeichnen sind. Aus all diesen Gründen sind wir der Meinung, daß wir nicht darauf warten sollten, bis der noch sehr rüstige Kapitalismus sich zum Sterben niederlegt. Ganz abgesehen davon, daß daran noch lange nicht gedacht werden kann, ist es Pflicht der gegenwärtigen lebenden Generation, sich in dieser Wirtschaftsform so gut als möglich einzurichten. Wir glauben, daß auch unter der gegenwärtigen Wirtschaftsweise ein besseres Leben für breite Schichten der Bevölkerung möglich ist. Ein solcher Zustand fällt nicht als Geschenk vom Himmel, sondern muß von den arbeitenden Schichten durch organisatorisches Vorwärtsdringen erobert werden. Der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus wird sich in Zwischenstappen vollziehen. Die Schicht der Schaffenden wird ein Gebiet der Wirtschaftsführung nach dem anderen erobern müssen. Ob der reine Kapitalismus noch eine kürzere oder längere Lebensdauer hat, in der Gegenwart gilt es alle Positionen auszunutzen, um ein menschenwürdiges Los für alle herbeizuführen.

Rundschau.

Paul Levi †.
Am 9. Februar ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Paul Levi einem Unglücksfall zum Opfer gefallen. Levi litt seit 14 Tagen an Grippe, zu der sich eine schwere Lungenentzündung gesellte. Im Fieberwahn ist Levi dann aus seiner hochgelegenen Wohnung durch das Fenster auf die Straße gestürzt. Ein Bruch der Wirbelsäule führte sofort den Tod herbei.

Mit dieser kurzen Zeitungsnotiz wird der deutschen Arbeiterchaft mitgeteilt, welchen Verlust sie erlitten hat, als Paul Levi starb. Und doch wird in den paar Zeilen nicht gesagt, welcher schwerer Verlust es ist, den die deutsche Arbeiterbewegung zu verzeichnen hat. Einer der fähigsten Köpfe, einer der glänzendsten Redner, einer der erfolgreichsten Anwälte, einer der überzeugtesten Sozialisten, einer der besten Menschen ist mit Paul Levi dahingegangen.

Paul Levi ist nur 46 Jahre alt geworden. Er wurde in der Offenlichkeit zum ersten Male bekannt, als er Rosa Luxemburg gegen die Anklage verteidigte, die ihr Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Besetze (ihrer antimilitaristischen Propaganda wegen) vorwarf. Die Bekanntheit mit Rosa Luxemburg hat auf die spätere politische Entwicklung Levis bestimmend eingewirkt. Sie brachte ihn dem Spartakusbunde näher. Als Rosa Luxemburg ermordet wurde, übernahm er die Führung der KPD, wandte sich aber gänzlich von der KPD ab, als er erkannte, daß die KPD ein willenloses Werkzeug der russischen kommunistischen Partei war, daß die Taktik der KPD allen wirklichen revolutionären Grundzügen und Erfahrungen widersprach — und die Arbeiterchaft in immer tieferes Elend führte. Seine gründliche historische und sozialistische Schulung mußte ihn zu einem Gegner der rein putschistischen Politik der KPD machen.

Noch in den letzten Wochen trat er mit großem Erfolg in dem bekannten Jorns-Prozess hervor. Der Verlust, den die deutsche sozialistische Arbeiterchaft durch Levis Tod erleidet, ist groß. Sie hat nicht viele solcher Führer zu verlieren.

„Alkoholische“ Notizen.

Einjahr an geistigen Getränken. Von Januar bis November v. J. wurde (nach dem 1.-Januar-Heft von „Wirtschaft und Statistik“) für 55 Millionen Mark „Wein und Most“ eingeführt. Ferner Bier und „Branntwein und Sprit aller Art“ je für etwa 5,6 Millionen Mark.

Merkwürdiger Jugendschuh. Das internationale Weinamt, dem auch die deutsche Regierung angehört, hat auf Antrag Spaniens beschlossen, an die Schulen Profschären, Flugblätter und Bilder zu verteilen, worin die sozialen Gründe für eine Steigerung des Weinverbrauches dargestellt werden. — Natürlich, wenn der Profit in Gefahr ist, pfeift man auf Jugend- und Volkswohl!

Soll es so bleiben? Im Rechnungsjahre 1928 hat das deutsche Volk für Lederschuhe und Hauschuhe schätzungsweise rund 1 Milliarde Mark ausgegeben, für Kleidung einschließlich der Hüte höchstens 3 Milliarden Mark, für Zigaretten, Zigaretten und Tabak 2,7 Milliarden Mark und für alkoholische Getränke 4,7 Milliarden Mark!

Verbandsnachrichten.

Angeschlossen
wurden am Grand des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt: Willi Blüher, Buch-Nr. 896.533; Dresden: Bruno Kieber, Buch-Nr. S II 637.128, Alfred Meinig, Buch-Nr. S II 72.210; Neubaldenleben: Fritz Trippler, Buch-Nr. P 13.580; Rastenburg (Ostpr.): Friedrich Krowowski, Buch-Nr. S II 688.371; Riesa: Karl Hirsch, Buch-Nr. 910.193; Waldheim: Gerhard Köppl, Buch-Nr. S II 716.527; Würzen: Karl Leopold, Buch-Nr. 134.852.

Chemische Industrie

Interessante Zahlen aus der I.-G. Farbenindustrie.

In der chemischen Industrie war der Arbeiterwechsel immer stark. Vom Beginn ihrer Entwicklung bis in das neue Jahrhundert hinein war die moderne Großchemie für die Arbeiter wenig anziehend. Geringer Lohn bei langer Arbeitszeit und mörderische 24stündige Wechselschichten, die oft auf 36 Stunden ausgedehnt wurden, sowie der Schmutz in den Leerfarben- und Säurefabriken und die dadurch bedingten Gesundheitsgefahren verschreckten die Arbeiter meist wieder, noch ehe sie sich richtig eingearbeitet hatten.

Soweit die Betriebe der chemischen Industrie in Städten und in Bezirken bereits entwickelter Industrie lagen, war die Versorgung mit Arbeitern aus diesen Gegenden überhaupt nicht möglich. Die chemische Industrie mußte ihre Arbeiter aus der ländlichen Bevölkerung heranziehen, was zum guten Teil heute noch der Fall ist. Diese Landproletarier, die in der Stadt günstige Arbeitsbedingungen bei auskömmlichem Lohn suchten, waren sehr bald enttäuscht und verließen die ungesunden Stätten der chemischen Fabriken wieder. Überlange Arbeitszeit bei schwerer, ungesunder und zum Teil ekelhafter Arbeit und ein Lohn, der selbst bescheidensten Ansprüchen in den Städten nicht genügte, trieben die Arbeiter wieder fort. Die Unternehmer unterhielten deshalb Arbeiterbeschaffungstellen mit ausgedehntem Agentenstab, die fortgesetzt Ersatz für die austretenden Arbeiter schaffen mußten.

Die dadurch verursachten Kosten und die kurz nach der Jahrhundertwende durch unseren Verband einsetzende Kritik der Zustände in der chemischen Industrie, durch die auch die Regierungen und Behörden ausmerksam gemacht wurden, veranlaßten die Unternehmer, die schlimmsten Mißstände abzustellen und Wasch- und Badegelegenheit in den Fabriken zu schaffen, damit sich die Arbeiter vom Fabrikdreck wieder reinigen konnten. Mit der wachsenden Macht unseres Verbandes, mit dem die chemische Großindustrie zwar nichts zu tun haben wollte, dessen Einfluß aber fortgesetzt zunahm, trat auch eine geregelte Arbeitszeit ein, die aber noch verhältnismäßig lang war.

Diese Maßnahmen konnten jedoch den Arbeiterwechsel nicht bannen. Nach wie vor benutzten die herangezogenen Arbeiter die chemische Industrie nur als Durchgangspforte, bei der ersten günstigen Gelegenheit wechselten sie in andere Industrien mit geregelter Arbeitszeit und weniger ungünstigen Arbeitsbedingungen über.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß in der chemischen Industrie stets ein Stamm alter Arbeiter vorhanden war. Wirtschaftliche Not und Gebundenheit durch „Wohlfahrts-einrichtungen“ hielt diese Arbeiter im Betriebe fest. In den Werkwohnungen wuchs die neue Generation für die chemische Industrie heran, denn der Mietvertrag sah häufig vor, daß erwachsene Kinder nur dann in der Werkwohnung verbleiben durften, wenn sie zugleich in der Fabrik arbeiteten. Trotzdem blieb der Arbeiterersatz ungenügend.

Aber auch heute noch, wo durch Tarifvertrag die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der chemischen Industrie geregelt sind und die große Arbeitslosigkeit einen freiwilligen Arbeiterwechsel erschwert, ist die Fluktuation noch sehr groß. Nach Angaben der I.-G. Farbenindustrie waren in allen ihren Betrieben am 1. Oktober 1929 rund 77 000 Arbeiter beschäftigt, wovon zirka 25 Prozent, also rund 19 000, über 25 Jahre bei ihr beschäftigt waren. Vom 1. Januar 1926 bis 1. Oktober 1929 waren aber 71 000 Arbeiter ausgetreten. Trotz der scharfen Krise ist also in den vier Jahren eine Umschichtung der Arbeiter erfolgt, die zahlenmäßig beinahe eine vollständige Erneuerung darstellt. Nach Abzug der über 25 Jahre in den Betrieben Tätigen übersteigt der Arbeiterwechsel in den vier Jahren die Zahl der Beschäftigten sogar noch um 13 000. Das deutet nicht auf erträgliche oder gar auf ideale Zustände in der chemischen Industrie hin.

Uns liegt ein ausführliches Dokument über dieses Thema vor, ein Jahresbericht des Ausschusses für Arbeiterangelegenheiten in Leverkusen über das Jahr 1912. Danach waren am 31. Dezember 1911 in der Fabrik 5125 Arbeiter beschäftigt. Im Jahre 1912 erfolgten 5696 Einstellungen gegenüber 4963 Entlassungen. Die Arbeiterzahl war um 733 auf 5858 gestiegen. Von den Neueingestellten sind also am Jahreschluß von je 100 nur noch 13 im Betrieb gewesen. Die Zustände werden noch besonders dadurch beleuchtet, daß 4963 freiwillig wieder gegangen und nur 329 von der Werksleitung entlassen worden sind. Bemerkenswert ist, daß von den entlassenen Arbeitern nur etwa 6 Prozent länger als ein Jahr im Betrieb beschäftigt waren, während bei den Frauen dieser Prozentsatz 26,6 betrug. Der Einstellung von 259 Frauen standen aber auch 290 Entlassungen gegenüber.

Zur Arbeitervermittlung wurden die Arbeitsnachweise in Köln, Hannover, Bielefeld, Dortmund und Saarbrücken herangezogen. Außerdem waren Agenten, vorwiegend in Ostdeutschland, zur Anwerbung von Arbeitern tätig.

Am erfolgreichsten beschäftigten sich aber die Arbeiter im Vertriebe selbst, die gegen Prämien in ihren Bekannten- und Verwandtenkreisen warben. Nach dem Bericht haben 421 Arbeiter 493 Mann für die Firma herangeschafft.

Am Jahreschluß waren von den durch Arbeitsnachweise überwiesenen Arbeitern noch 14 Prozent im Betriebe, von den durch Agenten bezogenen und von den durch die Arbeiter aus fernen Gegenden herbeigezogenen noch 65,7 Prozent vorhanden. Daraus erhellt man, daß die Bindung der durch die Arbeiter selbst Vermittelten am größten war.

Für die Arbeiterbeschaffung durch Arbeitsnachweise wurden 3014,53 Mk., durch Agenten 6461,10 Mk. und als Anwerbeprämien für die Arbeiter 15 300 Mk. Kosten verursacht, wobei die Umzugskosten nicht mit berücksichtigt sind.

Nach diesen Angaben betragen die Unkosten pro Kopf derjenigen angeworbenen Arbeiter, die am Schluß des Jahres noch in Dienst waren,

1. durch Arbeitsnachweise vermittelt . . . 68,51 Mk.,
2. durch Agenten vermittelt . . . 140,46 Mk.,
3. durch eigene Arbeiter vermittelt . . . 47,08 Mk.,

woraus sich wieder ergibt, daß die Arbeiterbeschaffung durch eigene Arbeiter nicht nur am erfolgreichsten, sondern auch am billigsten war.

Heute hat es die I.-G. Farbenindustrie bei der Arbeiterbeschaffung besser. Für die während und nach dem Kriege neu erstellten Fabriken mußten zwar große Arbeitermassen herangezogen werden, aber die allgemeine Arbeitslosigkeit drückte die Vermittlungskosten erheblich herab. Der Arbeitsmarkt gestattete der I.-G. auch, im Jahre 1929 zirka 15 000 Arbeiter auf Straßensplätzen zu setzen, denn bei erneutem Bedarf stehen genügend Arbeitslose zur Verfügung. Daß aber trotz schwerster Wirtschaftskrise die chemische Industrie keine begehrte Arbeitsstätte ist, beweisen die oben angegebenen Zahlen über den jetzt noch bestehenden Arbeiterwechsel.

G. Haupt.



Erste Unfallhilfe durch Laien ist kein Ersatz für den Arzt, sondern nur Notbehelf, bis der Arzt eingreift!

Steigender Einfluß der Bemberg AG. in Frankreich.

Schon seit einiger Zeit hat durch die Bemberg AG. ein steigender Export von Kupferseide nach Frankreich stattgefunden. Zur gleichen Zeit sind Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt, daß Bemberg mit der französischen Firma Manufactures de Buhl, einem Unternehmen, das die Weiterverarbeitung von Textilien betreibt, in ein engeres Verhältnis getreten ist. In Hinsicht darauf wird auch die Nachricht zu wert sein, daß diese Firma eine Umorganisation ihrer Betriebe vorgenommen hat und beabsichtigt, die Errichtung von neuen Webereien und Wirkereien vorzunehmen, in denen nur Bembergseide verarbeitet werden soll. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem obengenannten elsässischen Textilunternehmen und Bemberg steht außer allem Zweifel, wenn man hört, daß diese Firma eine Ausstellung von Bemberg-erzeugnissen im großen Ausmaße in ihren eigenen Pariser Ausstellungsräumen vornimmt, zu der die hervorragendsten Regierungs- und Wirtschaftsvertreter Frankreichs ihr Erscheinen zugesagt haben.

Aber den finanziellen Teil dieser geschäftlichen Verbindung ist zur Zeit nichts zu erfahren.

Sicherlich wird jedoch durch diese Maßnahme eine starke Ausdehnung der Interessen der Firma Bemberg in Frankreich erfolgen.

Es ist durchaus möglich, daß durch dieses Zusammengehen von Bemberg mit einer maßgebenden französischen Firma eine starke Annäherung zwischen deutschen und französischen Kunstseideproduzenten erfolgen wird. Wie mitgeteilt wird, soll die Firma Bemberg keinerlei finanzielle Bindungen gegenüber der Firma Buhl übernommen haben, dagegen hat das französische Unternehmen außerordentlich große Mittel für die Propaganda der Spezial- und Qualitäts-Kunstseidenfabrikate der Firma Bemberg bereitgestellt.

Es ist zu hoffen, daß die Beschäftigungsmöglichkeit in den Bembergbetrieben durch den Export nach Frankreich gesteigert wird.

R. Segerer.

Schwierigkeiten in der Durchführung des Fünfjahresplanes in der Sowjetunion.

Zur Steigerung der Produktion in der russischen Wirtschaft hat die Sowjetregierung einen sogenannten Fünfjahresplan ausgearbeitet, der auch für die chemische Industrie eine erhebliche Steigerung bringen sollte. In diesem Zweck wurden große Reformen vorgenommen, u. a. wurde auch die ununterbrochene Arbeitszeit unter Fortfall der allgemeinen Sonntagsruhe eingeführt. Wie die Sowjetpresse jetzt meldet, ist diese ununterbrochene Arbeitszeit zum größten Teil eingeführt. Die Arbeiter erhalten dafür in der Woche einen freien Tag. Von dieser Rationalisierung ist nicht nur die wirtschaftliche Organisation erfasst worden, sondern auch die Berufsverbände der Arbeiterchaft wurden mit einbezogen, indem man eine Zusammenlegung von Spitzenorganisationen der Industrie in sogenannte Vereinigungen vorgenommen hat.

So ist eine sogenannte „Chemische Vereinigung“ unter der Leitung von Tomski eingeführt worden. Die Wirkungen, die man sich von diesen großzügigen Rationalisierungsmaßnahmen jedoch versprochen hat, sind nicht in dem erhofften Umfange eingetreten, wie beabsichtigt, was aus einem Aufruf des

Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der UdSSR. an alle Organisationen der Partei, der Gewerkschaften, der Jugendverbände und der Wirtschaft hervorgeht.

In diesem Aufrufe wird hervorgehoben, daß auf industriellem Gebiete im ersten Quartal des Jahres 1929/30 gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres verschiedene Fortschritte gemacht worden sind. Es ist gelungen, die Selbstkosten um 4 Prozent zu senken an Stelle einer Erhöhung um 2 Prozent im Vorjahre. Das ist ein sehr bescheidenes Ergebnis gegenüber dem erhofften Voranschlag. Die Fortschritte hinsichtlich der Entwicklung der Produktion und der Selbstkostenpreise genügen in keiner Weise.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß in dem Bericht gesagt wird, daß der Industrieplan in durchaus unzulässiger, in einzelnen Fällen sogar in verbrecherischer Weise nicht erfüllt worden ist. Die chemische Industrie hat ebenso wie die übrigen Industriezweige den neuen Anforderungen nicht entsprochen. Die Selbstkosten sind nur ungenügend gesenkt worden; statt um 11 Prozent nur um 4 Prozent, wodurch statt 400 Millionen Rubel im ersten Quartal nur 175 Millionen Rubel erspart worden sind. Durch dieses Versagen wird die Durchführung des Industrieplanes in Frage gestellt, weil die durch die Senkung der Selbstkosten zu ersparenden Beträge einen Hauptbestandteil der zur Finanzierung der Industriepläne bestimmten Summen ausmachen.

Auch über die Ursachen dieser Fehlschläge wird berichtet. Die Mißstände sollen hervorgerufen sein durch mangelnde Aktivität der Arbeiter. Das ist ein Eingeständnis, das man aus dieser Quelle sehr selten hört, denn die kommunistische Tagespresse versucht, in ihren Darstellungen der deutschen Arbeiterschaft immer glaubhaft zu machen, daß die russischen Arbeiter mit reiflicher Begeisterung sich der Aufbauarbeit in Rußland unter Aufopferung ihrer Person zur Verfügung stellen. Man geht wohl nicht fehl, diese „mangelnde Aktivität der Arbeiter“ dem Umstand zuzuschreiben, daß die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Ernährungs- und Wohnungsfrage eben auch in Rußland nicht zur Erziehung der Arbeitermassen zur Arbeitsfreudigkeit beitragen. In dieser Hinsicht werden sich die Verhältnisse der sowjetrussischen Arbeiter von denen ihrer westeuropäischen Schicksalsgenossen, die unter der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung arbeiten, nicht unterscheiden.

Neben der mangelnden Aktivität der Arbeiterschaft soll die ungenügende Ausführung des Beschlusses des Zentralkomitees über die Einführung der „einheitlichen Befehlsgewalt“ Schuld an dem Versagen haben. Der Aufruf wendet sich an alle Organisationen mit dem Ersuchen, tatkräftige Mitarbeit zu leisten und vor allem die Bildung von „Stoßbrigaden“ (eine weitere Bereicherung der kommunistischen Terminologie) der Arbeiterschaft und den Abschluß von Verträgen über den „sozialistischen Wettbewerb“ zu begünstigen. Die Sowjetpresse soll dazu die erforderliche Propagandamachen, indem sie in „entsprechender Weise“ aufklärend und wendend wirkt.

Daß solche Erscheinungen bereits im ersten Produktionsjahr des Fünfjahresplanes auftreten, zeigt, daß die theoretischen Grundlagen bedeutend schwieriger in die Tat umzusetzen sind, als die Vater dieses Planes dachten. Wir haben bereits über diesen Fünfjahresplan im „Proletarier“ Nr. 34 — 1929 und Nr. 2 — 1930 berichtet. Wir wollen deshalb darauf nicht noch einmal zurückkommen.

Auch hier bestätigt sich wieder, was schon oft gesagt wurde, daß ein Grund, die Sowjetrepublik als ein Paradies darzustellen, heute weniger als jemals vorliegt. Die Tatsachen zeigen uns, daß es auch für die Arbeiterschaft in Sowjetrußland zur Zeit nicht rosig aussieht und daß die Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands, obwohl sie hart um ihr Dasein kämpfen müssen, in bezug auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen einen Vergleich mit den Chemiearbeitern Sowjetrußlands bestehen können. Dies muß deshalb immer wieder festgestellt werden, weil aus parteipolitischen Agitationsgründen die gewerkschaftlich organisierten Chemiearbeiter in Deutschland von der kommunistischen Partei gegen ihre Vertreter im Wirtschaftskampf aufgepuscht werden sollen.

R. Segerer.

Der Linoleumtrust in Polen.

Nach Pressemeldungen soll im nächsten Jahre von den „Ersten polnischen Linoleumwerken, AG.“ in Cechowice die erste polnische Linoleumfabrik errichtet werden. Die Firma, die über ein Kapital von 3 Millionen Zloty verfügt, beabsichtigt den Bedarf Polens an Linoleumzeugnissen vollständig zu decken. Es handelt sich bei der Errichtung dieses Werkes um eine Gründung des Konzerns „Dicander“ in Stockholm. Dieser Konzern verfügt bereits über eine Linoleumfabrik in Göteborg und Lidau (Lettland). Dieser Konzern gehört wiederum dem Internationalen Linoleumtrust, der „Continentalen Linoleum-Union“ an, in der bekanntlich die deutsche Gruppe die Führung hat.

R. S.

Papier-Industrie

Säure-Theorie.

Der Münchener Chemiker Prof. Dr. von Kapff — also, wohlgemerkt, keine ärztliche Autorität — stellte im Jahre 1910 zum erstenmal die Theorie auf, daß durch die Anwendung von Säuren verschiedener Art, wie Salzsäure, schwefeliger Säure usw., eine Heilung und Vorbeugung gegen Erkrankungen der Atmungsorgane, Erkältungen usw. gegeben sei. Bei verschiedenen Anlässen, wo es sich um die Frage der Arbeitergesundheit in Betrieben der chemischen und Zellstoff-Industrie handelte, machten sich die Arbeitgebervertreter diese Theorie — obwohl sie unseres Wissens von keiner einzigen ärztlichen Autorität in Deutschland bis heute anerkannt wird — zu eigen und versuchten damit die Gesundheits-schädlichkeit der Arbeit in diesen Säurebetrieben zu widerlegen. Aber selbst die chemische Wissenschaft steht dieser Kapffschen Theorie noch recht skeptisch gegenüber, wie es sich aus der Besprechung des Kapffschen Werkes: „Die Säure-

therapie, ihre Entstehung, wissenschaftliche Begründung und praktische Anwendung" in der "Zeitschrift für angewandte Chemie" Nr. 25, Jahrgang 1928, ergibt und wo es u. a. heißt: "Leider kann auch die vorliegende zweite Auflage in der Hauptsache nur Berichte vorlegen über allgemeine Eindrücke einer günstigen Wirkung. Fachmännisch einwandfreie Prüfungen sind kaum vorhanden. Zum Teil erklärt sich dieses aus der Schwierigkeit, die allmählich einsetzende Wirkung auf das an sich fließende Krankheitsbild exakt zu erfassen. Leider wird aber auch der angeblich günstige Einfluß auf den Gesundheitszustand der betreffenden Industriearbeiter nicht durch genaues Material belegt."

Ungünstiger dürfte kaum ein Urteil von berufskollegialer Seite ausfallen können, als es hier von der "Zeitschrift für angewandte Chemie" über die Kapffische Theorie gefällt wurde. Das alles aber hält die Unternehmer und deren Vertreter in ihrem Interessenkampfe nicht ab, die Kapffische Säuretherapie als wissenschaftlich erwiesen und einwandfrei hinzustellen. So auch wieder ein "Frard" zeichnender Unternehmer im "Wochenblatt für Papierfabrikation" Nr. 31, Jahrgang 1929, der kühn behauptet, die von Prof. Dr. von Kapff angestellte Säuretherapie sei "im Zusammenwirken von Fachärzten, Krankenhäusern, Kliniken, Sanatorien usw. weiter ausgearbeitet". Diese kühne Behauptung wird mit keinem Namen einer ärztlichen Autorität, mit keiner Benennung einer Heilanstalt, in der der günstige Einfluß der Kapffischen Säuretherapie wissenschaftlich bewiesen wurde, belegt. Nach der kalten Dusche, die die Kapffische Theorie selbst durch die "Zeitschrift für angewandte Chemie" erfahren hat, dürfte ein solcher Beweis auch kaum möglich sein. Wenn "Frard" behauptet, daß feste, daß die Fabrikarbeiter in Säurebetrieben gegen Infektionskrankheiten, sogar gegen Tuberkulose offensichtlich gefeit sind, wenn er weiter auf die angeblichen Heil- und Vorbeugungserfolge in zwei Volksschulen in Aachen, in der Lungenheilstätte Gießen hinweist, so antworten wir mit der "Zeitschrift für angewandte Chemie", wenn auch in bestimmter Form: Fachmännisch und ärztlich-wissenschaftlich einwandfreie Prüfungen sind für diese angeblichen Erfolge bis heute nicht vorhanden!

Selbstverständlich hält sich "Frard" - obwohl er kein Arzt, wahrscheinlich noch nicht einmal Chemiker ist - für befugt, auch seine eigenen "wissenschaftlichen Erfahrungen" zum besten zu geben. Er schreibt dazu:

Die Feststellungen von Prof. Dr. von Kapff decken sich mit den Erfahrungen, die ich als Leiter von Zellstoffabriken gemacht habe. Lungenkranke gab es in diesen Betrieben nicht. Schon zu Zeiten, als die Zellstoffabriken noch und nach entstanden, erkrankte man den günstigen Einfluß, den SO₂-haltige Luft auf die Atmungsorgane und Lungen ausübte. Ich erinnere mich, daß vor langen Jahren in einer Zellstoffabrik tagtäglich ein schwer lungenkranker Herr aus der nahen Stadt erschien, um an den Lungenärzten zu inhalieren. Der Mann fand dadurch eine wesentliche Erleichterung und endliche Heilung.

In einem anderen Werk, das noch mit Stickstoffsäuren arbeitet, bediente ein Arbeiter ununterbrochen 31 Jahre lang die Ofen, amete also beim Besichtigen und Schließen jahrzehntelang die SO₂-Gase ein und lebt heute mit 76 Jahren noch. Auch Kochermeister, Kocherwärmer, Stoffschweller usw. sind in diesem Betriebe sehr alt geworden, über 70 Jahre. Der 71 Jahre alte Werksmeister war 42 Jahre lang in der Fabrik und erfreut sich bester Gesundheit."

Diese sonderbare, ohne jede wissenschaftliche Unterlage begründete Beweisführung des Betriebsleiters "Frard" rufft erfindungslos einen anderen Zellulosefachmann auf den Plan, der unter der Bezeichnung "Do" in der Nr. 36 des "Wochenblattes für Papierfabrikation", Jahrgang 1929, unter der Überschrift "Sind SO₂-Gase der Gesundheit zuträglich?" ebenfalls seine Betriebserfahrungen zum besten gibt und dazu u. a. folgendes erklärt:

Meine Ansicht, begründet auf langjährige, praktische Tätigkeit in verschiedenen Zellulosefabriken, ist, daß SO₂-Gase nicht schädigen, vielleicht sogar nützen können, wenn nur geringe Mengen SO₂ eingeatmet werden.

Daß es 60- bis 70-jährige Kochermeister gibt oder gegeben hat, gebe ich gerne zu. Man verzeihe aber nicht, daß diese alten Zellstofffachmannen noch vor einigen Jahren bei Kochzeiten von 20 bis 40 Stunden ein ganz beachtliches Dasein führen konnten. Heute aber, im Zeitalter der Reiberei? Schwerlich wird jetzt ein Kochermeister oder Lungenbereiter so lange Jahre Dienst machen können.

Zu sagen ist, daß selbst erfahrene Ärzte diesen oder jenen Arbeiter für Dienstleistungen in der Kocherei oder Lungenbereiung gerade infolge erkrankter Lunge als unzulänglich bezeichneten. In einer Zellstoffabrik war der Prozeßschaff der Lungenkrankheiten in SO₂-haltigen Räumen größer als in anderen Abteilungen. Ich mußte des öfteren konstatieren, daß besonders junge, vollkommen gesunde Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren, die als Helfer in der Kocherei oder Laugeerei tätig waren, schon in ganz kurzer Zeit erkrankt werden mußten. Ich gebe zu, daß auch noch andere Umstände, wie Abraum, Holzstaub, Hitze, Dampf, eine wichtige Rolle spielen, um diese Räumlichkeiten nicht gerade als "Hazardlöcher" zu bezeichnen. Der Herr, den Herr "Frard" anführt, dürfte ja auch nur geringe Spuren von SO₂ eingeatmet haben."

Hier stehen sich also die Laizurteile von zwei Zellulosefachleuten gegenüber, die in der Frage der Schädlichkeit der SO₂-Gase für die Arbeitergesundheit sich vollkommen widersprechen. Der Zellstoff-Fachmann "Do" dürfte in dieser Frage bestimmt auch nach einer gewissenhaften wissenschaftlichen Prüfung recht behalten. Es kommt auch unserer Auffassung nach auf die Menge der eingeatmeten Säuregase an, und diese ist bei einem Arbeiter, der ständig und jahrelang, ja jahrzehntelang gezwungen ist, diese Gase einzusatzen, größer als bei einem Arbeiter, der nur gelegentlich und nur für kurze Zeit mit Säuredämpfen in Berührung kommt. Weiterhin kommt es aber, wie "Do" mit Recht hervorhebt, auch auf die Intensität der Arbeit an. Daß auch diese im heutigen modernen Fabrikationsprozeß größer für den Arbeiter als für den Betriebschemiker oder einen gelegentlichen Besucher ist, bedarf wohl kaum noch eines Beweises. Garde liegt aber der Fehler der industriellen Verantwortlichen der Kapffischen Säuretherapie, daß sie diese Momente nicht berücksichtigen, und daß infolgedessen die Einwirkung der

Säuredämpfe und -gase, selbst wenn sie eine Heilwirkung hätten, was aber längst noch nicht bewiesen ist, auf den arbeitenden Menschen eine andere, höchstwahrscheinlich eine gesundheitschädigende ist. G. Stähler.

M. Pam u. Ko.

Das Stammhaus der Mechanischen Papierhüllens- und Spulensfabrik M. Pam u. Ko. befindet sich in Landskron in der Tschechoslowakei. In Habelschwerdt betreibt diese Firma eine Papierhüllensfabrik und in Neumestrich eine Papierfabrik.

Auf welche Art und Weise die Firma mit ihrer Arbeiterschaft umspringt, mag aus dem nachfolgenden Briefwechsel mit zwei Papiermaschinenführern hervorgehen: Am 28. November 1929 erhielt ein bis dahin in Sachsen ansässiger Papiermaschinenführer von der Firma Pam u. Ko. folgendes Schreiben:

"Wir kommen heute zurück auf Ihre Bewerbung vom 28. v. M. und sind bereit, Sie unter folgenden Bedingungen als Maschinenführer bei uns einzustellen:

Sie übernehmen in achtstündiger Wechsellicht die Führung der hiesigen Langstiebmaschine und sind verantwortlich für deren gesamten Teile und Fabrikation unter schärfster Beaufsichtigung der Ihnen unterstehenden Gehilfen und für die Erzeugung einwandfreier Papiere unter Erlangung höchster Produktionszahlen. Wir fabrizieren in der Hauptsache Papierhüllenspapiere und Kartons, ähnliche Qualitäten und Packpa...re in einseitig glatter Ausführung sowie auch maschinenglatte und zweiseitig satinierte. Bei plötzlichen Betriebsstillständen haben Sie dafür zu sorgen, daß diese ehestens und auf beste Art und Weise beendet werden, um die Tagesproduktion immer auf gleicher Höhe zu halten; Sie müssen selbst Hand anlegen und jeden Handgriff an der Maschine kennen. Bei Nachtschicht haben Sie am Sonntagmorgen bis 8 Uhr die Instandsetzungs- und Reinigungsarbeiten mit zu erledigen, wogegen keine besondere Entschädigung gewährt wird.

Nur gute Gewerkschafter als Betriebsräte.

Der Betriebsrat hat eine schwierige, verantwortungsvolle Funktion. Er steht auf vorgeschobenem Posten in der Wirtschaft. Er muß seine gesetzlichen Befugnisse genau kennen und sie zugunsten der Arbeiterschaft auszunutzen verstehen. Der Unternehmer muß sich immer bewußt sein, wenn der Betriebsrat verhandelt, daß dieser mit dem ganzen Gewicht seiner Gewerkschaft ausgestattet ist. Das ist aber nur möglich, wenn es sich um gewerkschaftlich organisierte und geschulte Betriebsräte handelt. Der Betriebsrat, der nicht die Rückendeckung seiner Gewerkschaft hat, ist zur Ohnmacht verdammt und wird zur lächerlichen Figur. "Vorwärts"

Wir gewähren Ihnen eine monatliche Zahlung von 200 Mk. brutto, wobei Sie den hiesigen Tarifverhältnissen entsprechend zirka 40 Prozent höhere Bezahlung erhalten. Bei besonderer Bewährung sind wir aber gern bereit, nach einiger Zeit trotzdem Ihr Gehalt noch weiter aufzubessern, wenn Sie uns den Nachweis erbringen, daß Sie den anderen Maschinenführern überlegen sind.

Teilen Sie uns mit, wann ehestens Ihr Antritt erfolgen kann und ob Sie mit unseren Bedingungen einverstanden sind, weil auch noch andere Bewerber in Frage kommen, die Einstellung eines neuen Maschinenführers aber unerzöglich erfolgen muß, weil jetzt infolge Ausscheidens die beiden hiesigen Maschinenführer 12 Stunden arbeiten."

In dieser Offerte bemerken wir zunächst folgendes: Die Firma verlangt nicht nur in dem Maschinenführer einen Antreiber seiner Papiermaschinengehilfen, die er "unter schärfster Beaufsichtigung" halten soll, sondern er soll auch noch zum Antreiber seiner Kollegen werden und zeigen, daß er "den anderen Maschinenführern überlegen ist".

Dazu schenkt sich die Firma noch nicht einmal, den Maschinenführer anzufordern, ihr beim Tarifbruch behilflich zu sein. Die Papierfabrik Neumestrich untersteht wie jeder andere Betrieb der Papiererzeugungsindustrie - mit Ausnahme von Oppreuzen - dem Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie vom 12. Juli 1927. Infolgedessen weiß die Firma ganz genau, daß der § 7 dieses Gesamtarbeitsvertrages vorschreibt, daß an Sonn- und Feiertagen die Abstellung der Papiermaschinen so rechtzeitig erfolgen muß, daß die notwendigen Arbeiten zur Reinigung und Instandsetzung durch das Maschinenpersonal vor Beendigung der Schichtzeit um 6 Uhr früh erledigt werden können. Trotzdem aber mußte diese Firma ihren Maschinenführern zu, diese Arbeiten erst am Sonntagmorgen um 8 Uhr zu beenden, nur damit sie in tarifwidriger Weise bis gegen 6 Uhr morgens produzieren kann.

Auch die Ankündigung, daß für diese Mehrarbeit am Sonntag keine besondere Entschädigung gewährt wird, verstößt gegen den § 6 des Gesamtarbeitsvertrages, nach dem die Firma verpflichtet ist, jede Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag zu bezahlen. Der Tarifvertrag enthält kein Wort, das die Firma von dieser Pflicht entbinden würde.

Wir wissen nun nicht, ob dieser Maschinenführer den von der Firma Pam u. Ko. an ihn gestellten Forderungen entsprochen hat. Jedenfalls erhielt er mit Datum vom 29. Januar 1930 folgendes Schreiben:

Auf Grund der eingetretenen außerordentlich schwierigen Wirtschaftslage und des damit für uns in Verbindung stehenden Auftragsmangels sind wir leider nicht in der Lage, aus der mit Ihnen vereinbarten Probezeit in ein festes Engagement überzugehen. Sie wollen deshalb Ihre Tätigkeit nach Ableistung der heutigen Schicht bei uns als beendet betrachten und werden wir Ihnen dann am heutigen Tage Ihr Gehalt bis einschließlich 11. Februar a. c., was einer vierwöchentlichen Tätigkeit entspricht, auszahlen."

Auch in diesem Falle hat die Firma Pam u. Ko. die gesetzlichen Bestimmungen einfach außer acht gelassen. Das Schreiben bedeutet keine Kündigung des Arbeitsverhältnisses,

sondern eine fristlose Entlassung. Nach § 821 Abs. 3 BGB. ist aber die Firma verpflichtet, falls die Vergütung nach Monaten bemessen wird, und dieses trifft im vorliegenden Falle zu, da mit dem Maschinenführer Monatslohn vereinbart war, zum Schlusse des Kalendermonats, und zwar spätestens am 15. des Monats, zu kündigen.

Das gleiche Schicksal ereilte durch die Firma Pam u. Ko. einen Maschinenführer aus dem Rheinlande. Durch Schreiben vom 10. Dezember 1929 bot sie diesem Kollegen gleichfalls ein Monatsgehalt von 200 Mk. nebst freiem möblierten Zimmer. In diesem Schreiben gibt sie auch ausdrücklich zu, daß die Kündigungsfrist der Maschinenführer einen Monat beträgt und nur am 1. und 15. eines jeden Monats ausgesprochen werden kann. Im übrigen werden in dem Schreiben an die Leistungsfähigkeit des Maschinenführers ungefähr dieselben Forderungen aufgestellt, wie sie aus dem Schreiben der Firma an den sächsischen Kollegen hervorgehen. Diesem Kollegen wurde durch Schreiben vom 29. Januar 1930 das Arbeitsverhältnis zum 28. Februar 1930 ordnungsgemäß gekündigt mit der weiteren Mitteilung, daß seine Tätigkeit zwar am 30. Januar 1930 beendet ist, er aber den Lohn bis Ende Februar 1930 ausbezahlt erhält. Man sieht also, daß der Firma die gesetzlichen Bestimmungen nicht unbekannt sind. Ob sie nun den sächsischen Kollegen für dummer gehalten hat als den rheinländischen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Dabei möchten wir aber noch auf eine andere Eigenart der Firma hinweisen. Durch Schreiben vom 10. Dezember 1929 versprach sie dem sächsischen Kollegen, daß ihm die Fahrt dritter Klasse und außerdem von den Umzugskosten die Hälfte nach einjähriger und nach dreijähriger Tätigkeit die volle Summe vergütet wird. Dem rheinischen Kollegen dagegen wurde durch Schreiben vom 10. Dezember 1929 ebenfalls die Fahrt dritter Klasse versprochen; die von der Firma "nach einjähriger zufriedenstellender Anwesenheit vergütet" wird. In beiden Entlassungsbriefen steht aber von diesen Reise- und Umzugvergütungen kein Wort. Es ist nicht Schuld der beiden Kollegen, daß das Arbeitsverhältnis durch die Firma frühzeitig gelöst wird, und zwar bei dem sächsischen Kollegen nach kaum 14tägiger und bei dem rheinischen Kollegen nach kaum vierwöchiger Tätigkeit. Zweifellos war das Versprechen der Firma, die Reisekosten für beide Kollegen zu tragen, in erster Linie ausschlaggebend für die Annahme der Stellen. Wir sind deshalb der Auffassung, daß es eine moralische Pflicht dieser Firma ist, den beiden Kollegen die entstandenen Reisekosten zu ersetzen, nachdem nicht von ihnen, sondern durch die Firma das Arbeitsverhältnis auf ganz unvorhergesehene Weise gelöst wurde.

Die beiden Vorfälle sind aber erneut ein Beweis dafür, daß unsere Kollegen keine Stellung in anderen Betrieben annehmen sollten, ohne sich vorher mit Hilfe der Organisation über die in Frage kommende Firma verständigt zu haben. Wir nehmen fernerhin an, daß die geschilberten Verhältnisse geeignet sind, in Zukunft den Zugang auswärtiger Papierarbeiter nach Neumestrich außerordentlich zu fördern.

Am 30. Januar 1930 hat nun die Firma ihren Betrieb einfach stillgelegt, ohne die Stilllegung anzumelden. Also auch hier wieder hat die Firma alle gesetzlichen Bestimmungen vollkommen außer acht gelassen. Es wird deshalb wirklich die höchste Zeit, daß die zuständigen Behörden der Firma Pam u. Ko. klar machen, daß Ausländer, wenn sie in Deutschland ein Gewerbe betreiben, genau wie die Inländer den gesetzlichen Bestimmungen unterworfen sind. Von der Arbeiterschaft aber hoffen wir, daß sie die ihr zustehenden gesetzlichen Rechte geltend macht. Wir glauben ferner, daß aus diesen Vorgängen die Arbeiterschaft bei der Firma Pam u. Ko. die Lehre zieht, daß gegen derartige Ungefehllichkeiten der beste Schutz in der Mitgliedschaft des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands geschaffen wird. G. Stähler.

Papierarbeiterstreik in Holland.

Seit September 1929 befindet sich die Arbeiterschaft der Strohkartonsfabrik Erica in Ostwoold - Geschäftsstelle der Firma Oude Pekela - (Provinz Groningen) im Streik. Bei dieser Firma werden auch mehrere deutsche Papiermacher beschäftigt, die sich jetzt dem Streik angeschlossen haben. Infolgedessen besteht die Befürchtung, daß die Firma durch das "Wochenblatt für Papierfabrikation" oder durch bürgerliche Tageszeitungen Streikbrecher in Deutschland anzuwerben sucht.

Wir bitten deshalb, Arbeitsangebote nach Holland abzulehnen, zumindestens aber vor Annahme einer Arbeitsstelle in der holländischen Papiererzeugungsindustrie entweder mit dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, Nikolaistra. 7, oder mit der unterzeichneten holländischen Organisation in Verbindung zu treten.

Nederl. Vereniging van Fabrieksarbeiders, Amsterdam (Holland), Stadhouderskaade 65.

Nahrungsmittel-Industrie

Deutschlands Ein- und Ausfuhr an Konserven, Obst und Frischgemüse.

Die deutsche Konservenindustrie fordert dauernd größeren Schutz gegenüber der Auslandskonkurrenz. Sie macht besonders geltend, daß das im Winter hereinkommende holländische Frischgemüse einen guten Absatz von Konserven erschwere, ja, fast unmöglich mache. Die Frage, ob Deutschland überhaupt in der Lage ist, die Bevölkerung und die Konservenindustrie aus eigenem Anbau in genügendem Umfange zu versorgen, scheint man wenig zu beachten, sie spielt aber für die deutsche Volkswirtschaft eine große Rolle. Ein erhöhter Schutz, wie ihn die Konservenindustrie fordert, würde aber die Lasten nicht aus der Welt schaffen, daß wir jährlich

Millionen Zentner an Obst und Frischgemüse sowie an Konserven einführen müssen, weil unsere Eigenproduktion nicht den Bedarf deckt. Die folgende Zusammenstellung zeigt, wie sich die Einfuhr der Hauptsorten von Obst- und Gemüsekonserven im Jahre 1913, 1928 und 1929 entwickelt hat:

Table: Einfuhr von Obst- und Gemüsekonserven. Columns: Warengattung, 1926 Menge, Wert in 1000 RM, 1928 Menge, Wert in 1000 RM, 1929 Menge, Wert in 1000 RM. Rows include items like Champignons, Pilze, Tomaten, etc.

Diese Aufstellung zeigt, daß wir im Jahre 1913 eine Einfuhr an Obst- und Gemüsekonserven einschließlich Fleischkonserven von 774 410 dz hatten. Die Einfuhr der gleichen Warengattungen betrug im Jahre 1928 = 1 179 584 dz und im letzten Jahre 946 945 dz. Die Einfuhr konservierter Früchte und Gemüse ist also gegenüber dem Vorjahre stark zurückgegangen, sie steht allerdings noch bedeutend über der Einfuhr vom Jahre 1913.

Die Ausfuhr der gleichen Warengattungen betrug im Jahre 1913 = 183 803 dz, im letzten Jahre 101 280 dz. Die Ausfuhr ist also ebenfalls wesentlich geringer als im Jahre 1913. In den Ausfuhrzahlen von 1913 befindet sich gleichfalls der Sammelposten Fleischkonserven, Milchkonserven, Aprikosenmus und Tomatenkonserven.

Einfuhr von frischem Obst und Gemüse sowie Südfrüchten.

Table: Einfuhr von frischem Obst und Gemüse sowie Südfrüchten. Columns: Warengattung, 1913 Menge, 1928 Menge, 1929 Menge, Wert in 1000 RM. Rows include items like Gemüse, Rotebeete, Weißkohl, etc.

Table: Südfrüchte. Columns: Warengattung, 1913 Menge, 1928 Menge, 1929 Menge, Wert in 1000 RM. Rows include Bananen, Apfelsinen, Mandarinen, etc.

Diese Zahlen zeigen uns, daß auch bei der Einfuhr von frischem Gemüse und Früchten gegenüber 1913 noch eine erhebliche Steigerung vorhanden ist. Betrachten wir die einzelnen Gruppen für sich, so ergibt sich folgendes: Die Gemüse-einfuhr zeigte im Jahre 1929 noch ein Mehr gegenüber 1913 von rund 2 Millionen dz, gegenüber 1928 ist allerdings ein Rückgang von 700 000 dz zu verzeichnen.

Betrachten wir nun die Gesamteinfuhr von Obst, Gemüse, Südfrüchten und Fruchtkonserven, dann hatten wir im Jahre 1913 nach der letzten Aufstellung eine Gesamteinfuhr von rund 11,4 Millionen dz. Im Jahre 1929 dagegen rund 13,1 Millionen dz. Das ist gegenüber 1913 ein Mehr von

Der Sozialismus wird das Glück der Menschheit sein. Die Menschheit wird in der sozialistischen Gesellschaft, in der sie erst wirklich frei und auf ihre natürliche Basis gestellt ist, ihre Entwicklung mit Bewußtsein lenken. In allen bisherigen Epochen handelte sie in bezug auf Produktion und Verteilung wie auf Bevölkerungsvermehrung ohne Kenntnis ihrer Gesetze, also unbewußt; in der neuen Gesellschaft wird sie mit Kenntnis der Gesetze ihrer eigenen Entwicklung bewußt und planmäßig handeln.

rund 1,7 Millionen dz. Wir stehen also in der Einfuhr noch wesentlich über dem Jahre 1913. Im Jahre 1928 hatten wir aber gegenüber 1913 noch ein Mehr von rund 3 Millionen dz, so daß das Jahr 1929 schon wesentlich günstiger abschneidet als das Jahr 1928. Zu diesem Einfuhrrückgang gegenüber dem Vorjahre hat sicher der erhöhte Gemüseanbau in Deutschland beigetragen, ist doch der Gemüseanbau im Deutschen Reich in den letzten Jahren um rund 10 000 Hektar gestiegen. Immerhin zeigen uns aber die hohen Einfuhrzahlen, daß zunächst nicht wahrscheinlich ist, daß wir unseren Bedarf an Obst und Gemüse durch die eigene Produktion decken könnten.

Internationale Arbeiterbewegung. Tagesordnung des vom 7. bis 11. Juli in Stockholm anberaumten 5. Ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongresses. 1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden und Begrüßungsansprachen. 2. Wahl der Mandatprüfungskommission und anderer Kommissionen. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht der Revisoren. (Berichterstatter: Joh. Sassenbach.)

zentrale sind zwei Gruppen von Verbänden vertreten, die auch in der Übersicht gesondert berücksichtigt werden: die Zentralverbände, die unmittelbar dem „Odborová druženi cechošlovanské“ angehörend, und die deutschen Verbände, die durch den deutschen Gewerkschaftsbund in Reichsbund vertreten werden. Zu Beginn des Jahres 1928 waren im „Odborová druženi cechošlovanské“ 48 Zentralverbände mit 340 802 Mitgliedern, am Jahreschluss 49 Verbände mit 355 024 Mitgliedern vertreten. Zu Beginn des Jahres gab es 23 deutsche Verbände mit 200 835 Mitgliedern, am Ende des Jahres 22 Verbände mit 197 881 Mitgliedern.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

So muß man sich unwillkürlich fragen, wenn man liest, daß ungefähr 200 Rot-Front-Kämpfer die Opelwerke in Rüsselsheim zu besetzen, die Maschinenanlagen stillzulegen und die Arbeiterschaft, teilweise mit sanfter Gewalt, zur Arbeitsniederlegung zu überreden versuchten. Es ist festgestellt, daß es sich zum allergrößten Teil um betriebsfremde Elemente handelte, die in die Betriebe eindringen und die besonnenen, ruhigen Arbeiterschaft in einen „revolutionären Kampf“ heizen wollten, von dem die Arbeiterschaft in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit nichts wissen wollte, weil ihr gesunder Sinn und ihr praktisches sozialistisch geschultes Gefühl ihr sagte, daß mit solchen lächerlichen Putschversuchen ihre materielle Lage nicht zu bessern ist.

Das Ergebnis ist eine weitere Schwächung der Arbeiterschaft, also eine Stärkung der Unternehmerposition und eine neue heillose Blamage der kommunistischen „Revolutionäre“. Aber für solche Blamagen hat die KPD schon längst jedes Gefühl verloren. Sie braucht diese Putschversuche, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von dem materiellen und geistigen Verfall der KPD abulenken.

Gewerkschaftliche Ferienreisen. Der Ortsausschuß Leipzig des DGB veranstaltet seit Jahren Ferienreisen und vermittelt Ferienaufenthalte. Für 1930 sind 15 Reisen vorgesehen. Reiseziele sind: Wetterstein- und Harzgebirge, Dolomiten - Gardasee, Thuringer Wald, Harz, Sächsisches Schweiz, Schwarzwald - Bodensee, Dänemark - Schweden, Nordmatten - Uri, Berner Oberland, Main - Rhein - Mosel, Badfrankreich und Paris. Alle näheren Angaben entfällt der Reiseprospekt. Preis 40 Pf. Briefanschrift: Ortsausschuß des DGB, (Kulturabteilung), Leipzig C. 1, Volkshaus, Zeißer Str. 32.

Literarisches. Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Wieder ist der neue Reiseprospekt für 1930 erschienen, der eine große Anzahl von Reisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte ins In- und Ausland enthält. Daneben wurden eine Reihe von preiswerten und guten Ferienaufenthalten eingerichtet. Ferner sind zu erwähnen eine Anzahl wirtschaftspolitischer Studienreisen, die in wichtige Wirtschaftsgebiete führen. Die Kosten für die Reisen sind so gering wie möglich berechnet und können in bequemen Ratenzahlungen aufgebracht werden. Über die näheren Bedingungen gibt der reich illustrierte schon ausgestattete Reiseprospekt Auskunft, der 35 Pf. kostet und bei den Arbeiterbuchhandlungen, in den Sekretariaten der Partei und Gewerkschaften erhältlich ist oder gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu beziehen ist.

W. E. des Arbeitsrechtes für Behörden, Parteivertreter, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Nach dem Alphabet und nach Stichworten geordnete gemeinverständliche Beantwortung der wichtigsten Fragen aus dem Arbeitsrecht von Hans Meyer, Leiter der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts Nürnberg. Verlag: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg. Preis 1,80 Mk. Das Arbeitsrecht ist so kompliziert und vielfach, daß es den Arbeitern, Angestellten und Beamten unmöglich ist, sich über die einzelnen Fragen und Bestimmungen aus den Wälzern zu orientieren. Es ist deshalb zu begrüßen, daß ein kleines handliches und übersichtliches Werkchen, das sich das W. E. des Arbeitsrechtes nennt, erschienen ist. Der Verfasser Hans Meyer, der Leiter der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts Nürnberg, hat alle wichtigen Fragen nach dem Alphabet zusammengestellt und neben kurzen Erklärungen auch noch Angaben anderer Werke, in denen die einzelnen Fragen festgehalten sind, angefügt. In einem Anhang ist der Wortlaut der wichtigsten Gesetzesbestimmungen abgedruckt.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Fremdenführer.

Von Maxell Troll.

Hoch oben in Tirol hatten Geologen eine wundervolle Tropfsteinhöhle entdeckt, die sich kreuz und quer durch das Gebirge zog. Studenten der Münchener Alma mater verbanden das Angenehme mit dem Nützlichen und machten einen mehrtägigen „Ausflug mit Damen“ nach der Höhle.

In jeder Gehenswürdigkeit gehört wie die Soße zum Braten der Fremdenführer. Und wo eine Gehenswürdigkeit entdeckt wird, findet sich nach urewigen Gezeiten auch gleich der berufsmäßige Erklärer ein.

Im Kabarett nennt man einen solchen Mann Anführer.

Nabe bei der Höhle liegt der idyllische, weltabgelegene, benzinfreie, tanklose Ort Hintertupfelhofen. Zur nächsten Eisenbahnstation 15 Kilometer. „Eine gute Stunde“, wie dir jeder Bauer versichert.

Franz aus Hintertupfelhofen heißt der neue, nicht im „Internationalen Verband der Kabarettisten“ organisierte Höhlenfremdenführer.

Franz führt seine Schar Wißbegieriger kreuz und quer, auf und ab in der Höhle. Nicht gibt eine kleine Karbid-Fahradlampe. Schließlich nähert sich die Schar wieder dem Ausgang, der als ein kleiner, weißer Farneklüppel auf schwarzem Untergrund wie eine ferne, einsame Vogenlampe leuchtet.

Franz dreht an seiner Karbidlampe, damit neues Wasser reichlich auf das Karbid tröpfelt, die Flamme hellweiß aufleuchtet und großes Licht auf eine dunkle Ecke des Höhlenganges wirft. Eine zitternde Frauenstimme schreit laut:

„Ujeh... eine Leiche!“

Und die Höhlenwände geben das Echo duzendfach wieder:

„Leiche... Leiche... Leiche!“

Und wirklich liegen in der hell beleuchteten Ecke richtige Knochen. Gebleichte Knochen.

Der Herr Fremdenführer ist aber nicht aus der Ruhe zu bringen.

Mit einer Stimme, die er sicherlich dem Herrn Pfarrer auf der sonntäglichen Kanzel abgelauscht haben mag, sagt er würdevoll, eindringlich:

„Meine hochverehrten Herrschaften! Das ist das Skelett eines Herrn, der sich anmaßte, ohne mich, den Fremdenführer, den Ausweg allein zu finden. Er wollte aber nur das Trinkgeld sparen! Sie sehen, meine Herrschaften, wohin der Weiz fährt!“

Dann wandert die Schar dem Ausgang der Höhle zu.

Ganz zuletzt — die anderen sind schon im Freien — kommt der Student der Medizin (Name Nebenache!) aus der Höhle ans Tageslicht.

In seiner Rechten schwingt er wie einen Indianer-Tomahawk einen weißen, großen Unterschenkelknochen, der so groß ist, daß der verbliebene Rest dieses Knochens ein wahrhafter Riese gewesen sein mußte:

„Sie, Herr Fremdenführer, das ist — ich verstehe mich darauf — ja gar kein Menschenknochen. Das ist der rechte Vorderchenkelknochen eines ausgewachsenen Rindviehs!“

Sämtliche Blicke wenden sich vom dem mutigen Entdecker dem Fremdenführer zu.

Der aber sieht wie ein Denkmal von Andreas Hofer unberührt von dem, was der Student der Medizin gesprochen. „Mit der größten Seelenruhe entgegen Franz!“

„Selbstverständlich ist es ein Rindviech“ gewesen, dem dieser Knochen zugehörte, denn nur ein Rindviech kann ohne Fremdenführer in eine solch große Höhle allein gehen!“

Der Student der Anatomie ist entwaffnet.

Der rechte Unterschenkelknochen des Kindes fliegt den Bergabhang hinab.

Franz aber hält seine große Männerhand weit geöffnet hin. Und jetzt bitte ich die hochverehrten Herrschaften um ein gutes Trinkgeld, denn ich habe Frau und acht unmündige Kinder zu versorgen.“

Da froh und heiter gestimmte Menschen gebestendig sind, ist die breite Handfläche bald mit Schillingstücken bedeckt.

Der witzig gewordene Student der Medizin aber stellt bald darauf im Witzhasen zu Hintertupfelhofen fest, daß Franz gar nicht verheiratet ist und also auch nicht für acht unmündige Kinder zu sorgen hat.

Da verlor der Student der Medizin (Name Nebenache!) aus Mangel an dem letzten Rest von „Glauben an die Menschen“ Regierender Skeptizismus franguliert jede gute Meinung.

Als ihn das Himmelsblöhen (Schnalend in den Schlaf wiegte, träumte er von der Tropfsteinhöhle und von dem Fremdenführer Franz aus Hintertupfelhofen:

Die Höhle war nur ein nacktes großes Felsloch. Eine Fahrrad-Karbidlampe erleuchtete die Finsternis. Er sah Franz „Speiß“ wischen: ein Drikkel Portland-Zement, zwei Drikkel Sand.

Und Franz klebte an die nackte Felswand mit Mauererkelle und Spachtel: Tropfsteinzapfen am Tropfsteinzapfen.

Da er dann das Werk — die Tropfsteinhöhle — abgelehrt und sah, daß es wohlgefangen war, hatte er seinen neuen Beruf entdeckt: Fremdenführer.

Das Himmelsblöhen stand schon geraume Zeit im Holz-kirchener Bohrer in München, als ein nicht gerade launiger Schaffner auf dem Studenten der Medizin wachstüchelte und rief: „München, alles ansteigen!“

Der Brief.

Von Fritz Friedrich Müller.

Das war am... Ja, jenen Tag vergesse ich nie. Jenen Tag, da Friedrich und Constanze ineinander angingen, als ich durch Felder und Wiesen schritt, um die Briefpost den Bewohnern der umliegenden Dörfer zuzustellen.

Jenen Tag vergesse ich nie. Nicht, weil es ein schöner Tag war, sondern weil in meiner Diensttasche neben anderen Poststücken ein ungewöhnlicher Brief lag. Der wachte mir die Tasche schwer. Der brannte an meinem Körper durch Tasche und Kleidung. Gewiß war es nur Einbildung — ich mußte es — aber die physischen Beschwerden bestanden.

Im Lauf des Tages ging mich eigentlich dieser Brief an? Ein Briefträger hat sich um die Poststücken, die ihm anvertraut worden sind, nicht zu kümmern. Er hat nur darauf zu achten, daß sie richtig abgeholt werden. Aber ich war in jener Stunde Mensch. Der Mensch verheißt den Bewohnern. Und das bereitete mir Qualen. Ich dachte an mein Mädchen. Ich hatte es lieb. Die Erzählungen meiner Freunde ließen mich ein. In häuslicher Schattensende hatten sie mir zugesichert, ich solle ja wachsam sein. Martha hintergehe mich.

Damals lachte ich darüber. Alles nur Reiz! Meine Martha hatte mich ja so lieb wie ich sie. Kein Schatten trübte unsere Freundschaft.

Nur aber riefen die Erzählungen Argwohn in mir hervor, sie währten mein Mißtrauen gegen Martha.

Argwohn — Mißtrauen gegen Martha! Mir wurde elendiglich zumute. Das war das Ende meines Glückes...

Einstimmig schritt ich meines Weges. Ich dachte aus meiner Diensttasche den Brief hervor. Meine Hände zitterten leicht.

Der Brief stammte von einem Nachbargut. Martha war in letzter Zeit des öfteren dort hingegangen. Das kam mir erst jetzt zum Bewußtsein.

In meinen Händen knisterte der Brief. Wenn der verfluchte Umschlag nicht gewesen wäre...

Die Freunde hatten diesmal recht; es war kein bloßes Geschwätz gewesen. Ich konnte mir auch denken, wer der Absender des Briefes war: der Gärtnergehilfe vom Gut, der schon immer gesagt hatte, die Martha ist ein leckeres Mädel...

Auf jeden Fall wollte ich Gewißheit haben, wie es mit ihnen stand. Und... und dann war es aus... mit Martha und mir... und sollte ich an dieser Wunde verbluten...

Ich sah mich scheu um, ob kein Mensch in der Nähe war, und hielt dann den Brief gegen das Sonnenlicht. Der Briefumschlag verhallte seinen Inhalt zu gut. Aber irgendwo sprang mir das Wort „Geliebte“ entgegen. „Geliebte“ sagte ich laut und lachte hinterher. In die Luft schrieb ich das Wort „Geliebte“.

Des Briefes Schatten wanderte vor mir her. Ich barg den Brief hinter meinem Rücken. Aber mir krächzten ein paar Krähen. Ob in dem Brief wirklich „Geliebte“ stand?

Warum nicht? Die Martha ist doch ein „leckeres Mädel“... Es ist doch etwas Eigenartiges um ein geschriebenes Wort. Nun konnte Martha nicht leugnen...

Meine feuchten, febrigen Hände hatten den Brief bereits beschmutzt und zerknittert. Ich wollte ihn öffnen... Zehn Jahre war ich bei der Post angestellt, und ich hatte meinen Dienst gewissenhaft ausgeübt. Das konnte ich wohl sagen.

Nun raubte mir dieser kleine, unscheinbare Brief den klaren Verstand, verführte mich zu einer Handlungsweise, die, wenn ich sie ausführte, eine grobe Unverschämung war.

Aber ein Ende mußte dieser Zwiespalt in mir nehmen. Ich war schließlich auch nur Mensch. Klarheit wollte ich haben! Die Geliebte eines anderen Mannes sollte nicht meine Braut sein!

Es war nicht mein Verdienst, daß ich den Brief in diesem Augenblick nicht öffnete. Vielmehr hielt mich ein Mensch, der seines Weges ging, von meinem Vorhaben ab. Schnell reißte ich den Brief den übrigen Poststücken wieder ein. Was ein schlechtes Gewissen ausmachte!

Bei Martha, die mit ihrer Mutter zusammenwohnte, hatte ich die Kreiszeitung abzugeben. „Sonst ist nichts?“ fragte Martha. „Nein“, sagte ich und ging. Meine Stimme hatte seltsam beifert geklungen.

So, sie wartete also schon auf den Brief! Dann war ja alles in schönster Ordnung... Ich erledigte die Briefbestellung, war freundlicher als sonst und scherzte fogar. Das war die Maske, um mein Inneres verhüllen zu können.

Als sich der kleine Brief nur noch allein in meiner Diensttasche befand, schloß ich auf.

Zehn Jahre war ich bei der Post... In dem Brief stand „Geliebte“.

Ich ging zurück zu Martha und sagte: „Hier ist doch ein Brief für dich. Ich habe ihn vorhin übersehen!“



Ihr Gesicht strahlte, als sie den Brief öffnete. „Geliebte“, lies sie leise, ging es mir durch den Sinn und ich starrte sie von unten heranz höhnisch lächelnd an.

„O wie ich mich freue!“ rief Martha plötzlich. „Ich darf wieder auf dem Gut wohnen. Das kommt mir recht. Wir brauchen es nötig.“ Sie reichte mir den Brief. „Da lies!“

Wahrscheinlich eine jähre Müdigkeit. Ich entzifferte die Schrift. Meine Augen brannten.

„Freust du dich nicht mit mir?“ fragte sie. Ich ging fast furchend hinaus. Ich schämte mich. „Wohin gehst du?“ rief Martha mir nach. „Zur Post. Ich komme abends wieder!“ Das Sprechen fiel mir schwer.

Vor dem Dorfe lehnte ich mich an den Wegesrand. Ich mußte mich eine Weile ansuchen. Einen Monat später heiratete ich Martha...

Jenen Tag vergesse ich nie, Martha. Meine Qualen waren zu groß. Und heute, da wir unsere Silberhochzeit begehen, denke ich an jenen Tag härter denn je...

Mondnacht.

Schon hat die seidenblasse Nacht den Erdenteller voll gebracht bis an den Wolkenrand.

Mondsilber glänzt die Steinfigur, und wie ein Stern erstirbt die Uhr an hochgefeilter Wand.

Mit Silberfäden hat das Licht ein paar Madonnenangeßicht lebendig überspannt.

Berührt rinkt der wilde Wein, als wär die Form, perltauerstein, von einer Künstlerhand.

Mit fensterhellen Augen wacht am Fensterhans die ganze Nacht das Kuppeldach ins Land.

Ludwig Pracht.

Augenzeugen.

Von Bella Szenes.

Der Richter geht zum Verhör der Augenzeugen über. Der Zeuge Dietrich, Turnlehrer an einer Mittelschule, erzählt, daß sich der Fall kaum zwei bis drei Meter von ihm abgespielt hat.

Richter: Wie spät war es?
Dietrich: Es dürfte halb vier oder vier gewesen sein.
Richter: Haben Sie den Angreifer aus der Nähe gesehen?
Dietrich: Aus nächster Nähe.

Richter: Können Sie eine Personalbeschreibung geben?
Dietrich: Selbstredend. Es war ein kleiner, magerer Mann mit eingefallenen Wangen. Er war grau gekleidet, und seine Kleider waren sehr abgenutzt. Das Küchenmesser hielt er in der rechten Hand.

Richter: Ein Küchenmesser hielt er in der Hand?
Dietrich: Jawohl, ein Küchenmesser mit einem braunen Stiel. „Warte, jetzt bekommst du deinen Teil!“ schrie er. Im nächsten Augenblick war er auch schon in der großen Menge verschwunden.

Der Zeuge teilte noch einige unbedeutende Beobachtungen mit, worauf das Gericht das Verhör des folgenden Augenzeugen, Doktor Krausmann, Postoberoffizial i. R., anordnete. Dr. Krausmann gibt an, eben auf dem Heimwege gewesen zu sein, als er aus der Dobnergasse einen furchtbaren Lärm vernahm. Er schaute in jene Richtung, und in diesem Augenblick rannnte der Täter direkt an ihm vorbei.

Richter: Können Sie ihn beschreiben?
Dr. Krausmann: Selbstredend. Er war ein auffallend hochgewachsener und dicker, eleganter, junger Mann. Er trug ein Monokel und war weiß gekleidet.

Richter: Hochgewachsen, dick? Laut Aussage des Herrn Dietrich war der Täter klein und mager.
Dr. Krausmann: Auffallend dick, mit gestutztem englischen Schnurrbart.

Richter: Trug er keinen roten Bart?
Dr. Krausmann: Keine Spur; er hatte einen kleinen englischen Schnurrbart.

Richter: Und war er nicht grau angezogen?
Dr. Krausmann: Nein, bitte, weiß. Die Leute wichen ihm aus, weil er einen Revolver in der Hand hielt.

Richter: Revolver?
Dr. Krausmann: Einen Browning!
Richter: Kein Küchenmesser?
Dr. Krausmann: Nein!

Das Gericht konstatiert, daß die Aussagen der beiden vernommenen Augenzeugen voneinander wesentlich abweichen und ordnet das Verhör des Obsthändlers Palkovitsch an. Palkovitsch erzählt, daß sich der schreckliche Vorfall an der Ecke der Dobnergasse abgespielt hat; er konnte alles aus der Nähe mit ansehen.

Richter: War der Täter grau oder weiß gekleidet?
Palkovitsch: Weiß.

Richter: Sie erinnern sich genau?
Palkovitsch: Ganz genau.
Richter: Und was hatte er in der Hand? Ein Küchenmesser?
Palkovitsch: Keine Spur. Einen Revolver.

Richter: (vorwurfsvoll zu dem erst vernommenen Zeugen Dietrich): Hören Sie?
Dietrich (entschuldigend): Bitte, ich habe es so wiedergegeben, wie ich es gesehen habe.

Richter: Sie irren sich aber trotzdem, denn wie wir sehen, stimmen die Angaben der beiden anderen Zeugen vollkommen überein. (Zu Palkovitsch): Fahren Sie, bitte, fort! Also er war weiß gekleidet?

Palkovitsch: Jawohl.
Richter: Und dick oder mager?
Palkovitsch: Er war auffallend dick.

Richter: Und trug ein Monokel?
Palkovitsch: Was, bitte?
Richter: Ein Monokel. Wissen Sie nicht, was ein Monokel ist?
Palkovitsch: O doch. Nur mußte ich nicht, daß auch Frauen Monokel tragen.

Richter (außer sich): Frauen?
Palkovitsch: Der Täter war eine etwa dreißig- bis vierzigjährige, auffallend dicke, weißgekleidete Frau.

Richter: Der Täter war eine Frau?
Palkovitsch (blid verwundert auf die beiden anderen Augenzeugen): Warum? Haben die Herren vielleicht etwas anderes gesehen? ... Auf. Übersetzung von Mauris Mezei.

Der Trunkenbold.

Im Tagbeginn, im Abendrauch,
Wie wissend, was die Stunde schlägt,
Durch schiefer Wassen dunklen Rauch,
Wohin der Schritt ihn grade trägt,
Wohl auch verirrt stadtmitten grölend,
Schwankt schwer und stolpernd, schwachhaft nöhlend,
In wirrem Kreiseltraumess Wann
Der Mensch, dem jeder Segen growt:
Des Kornweins treuer Folgemann:
Der alte krumme Trunkenbold.

Bald steht er im Laternenschein,
Der immertrunkene Tabakpfeifer,
Der Kopf ist schwer und schwer das Bein,
Und reibt brummend seine Kupfer.
Bald liegt er grunzend an der Erde,
Mit Schlamm beschmiert und rot der Pferde.
Bald rauhst er wie geblähtes Segel
Beseligt prahlend auf den Steigen.
Die Herrn sehn ächtlich auf den Flegel,
Und Jungen höhrend ihn umreigen.

Am Tage kaum im Strom zu sehn,
Wo Strudel sich an Strudel reihen,
Ein Fuß, wo tausend Füße gehn,
Ein Schrei nur unter tausend Schreien:
Kreuz trunken er vor Rad und Hufen.
Doch schrill, wie „Mörder, Mörder!“ — rufen,
Durchreißt er brüllend oft die Nacht.
Bis seine Kehle rauh geschrien
Und seine Geißter schwer und sacht
Den Säger in die Gosse ziehen.

„Ihr Leute wißt: Dies ist ein Bruder,
Der aus ein Kind voll Zukunft war, —
Es widert euch vor diesem Luder,
Da Weiher selbst in Bart und Haar,
Hast nur ein krantig lächelnd Sinnen
Für diesen Gast der Lebensrinne.“
„Ihm wurde nicht der Weinpokal,
Er trank noch stets aus bittrem Becher.“
„Man ruf dich nie zum reichen Mahl:
Am trinke fort, der armer Jecher!“
Gerrit Graells.